

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 RM.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Goldbetrag 3,97 RM. einschließlich 60 Pf.  
Sonderungs- und 72 Pf. Postbestel-  
gebühren. Auslandsabonnement 8,65 RM.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Drucksachenporto 4,65 RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Wohnd“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Rechnpr. Dönhofs (A 7) 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verlagskonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. D. G. - G. - Depofiten., Zentralamer Str. 63-66

Mittwoch  
27. Januar 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Millimeterzelle 30 Pf.  
Zweifachzelle 2.- RM. „Kleine An-  
zeiger“ das festgedruckte Wort 30 Pf.  
täglich zwei festgedruckte Worte, jedes  
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. April.  
Werte über 15 Buchstaben zahlen für  
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-  
zelle 3 Pf. Familienanzeigen Milli-  
meterzelle 16 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3,  
wochenttäglich von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

# Gegen Faschismus und Kriegsbege!

## Der Sinn der heutigen Sportpalast-Rundgebung.

Eine neue Welle des politischen Massenwahnsinn  
brandet über die Welt. Die Massennot hat eine Massenpsychose  
erzeugt. Diese Not ist geboren aus der Wirtschaftskrise, die  
Wirtschaftskrise ist ein Kind der kapitalistischen Wirtschafts-  
ordnung.

Immer wenn die Träger des kapitalistischen Systems  
Gefahr für ihre heiligsten Güter wittern, versuchen sie, den  
Blick der Massen von den wahren Schuldigen an ihrem Elend  
abzulenken; denn sie selbst tragen ja die Verantwortung  
für die herrschenden Zustände, die Schuldigen sind sie selbst.  
Wehe ihnen, ihrer Macht und ihrem Reichtum, wenn die  
Mehrheit des Volkes diesen Tatbestand klar erkennen würde!  
Deshalb die Ablenkungsmanöver nach innen und außen, des-  
halb die Hege gegen den „Marxismus“ und gegen den  
„Erbfeind“. Deshalb auch die Subventionierung  
von Brätorianergarden, die, mit scheinsozialistischen  
Phrasen, gefördert, die Aufgabe erfüllen sollen, den wirk-  
lichen Sozialismus zu zertreten.

Hand in Hand mit der innerpolitischen Verheerung, die  
vor keiner Verleumdung, vor keiner Lüge, vor keinem  
Schimpfwort, vor keiner Gewalttat, vor keinem Mord zu-  
rückschreckt, geht die planmäßige Aufpeitschung der nationa-  
listischen Leidenschaften vor sich. Der Blutkrieg des Bür-  
gerkrieges findet seine Steigerung in der psychologischen  
Vorbereitung des Revanchekrieges. Die Niedermehe-  
lung eigener Volksgenossen stellt gewissermaßen ein mate-  
rielles und geistiges Training für einen künftigen „Be-  
freiungskrieg“ dar. Als Bundesgenosse in diesem späteren  
Revanchefeldzug gegen Frankreich wird das Italien Mussoli-  
nis planmäßig gefeiert. Ihm werden sogar die Viertel-  
million ferndeutscher Bauern und Kleinbürger in den Tälern  
und Städten Südtirols als Opfergabe hingeworfen.

Mussolini selbst denkt natürlich nicht daran, die Rechnung  
der deutschen Bierbankpolitiker zu erfüllen. Wenn er mit  
deutscher Hilfe Frankreich würde gemacht haben wird, dann  
wird er sich mit irgendeinem kolonialen Zugeständnis Frank-  
reichs zufriedengeben, sich auf die traditionelle Solidarität der  
lateinischen Völker besinnen und Deutschland sitzen lassen.

Unterdessen erleben wir, ähnlich wie vor neun Jahren,  
eine Sturzflut des Franzosenhasses, die von einer  
Wählergeneration getragen wird, die das Jahr der  
Ruhrbesetzung und erst recht die viereinviertel Jahre des  
Weltkrieges ohne politisches Bewußtsein erlebt hat. Die Zung-  
wähler von heute, die die SA. bevölkern und einen wesent-  
lichen Teil der Gefolgschaft Hitlers und Goebbels bilden,  
waren bei Kriegsausbruch zwei, drei oder vier Jahre alt und  
haben die Ruhr- und Inflationszeit als Elf-, Zwölf- und  
Dreizehnjährige durchgemacht. Wie leicht ist es in der heutigen  
Weltzeit, ihnen vorzugaukeln, daß der Sieg zum Greifen nahe  
war, als das deutsche Frontheer vom internationalen Marx-  
ismus von hinten erdolcht wurde, und daß auch die Vertreibung  
der Franzosen aus dem Ruhrgebiet durch den Verrat der  
Sozialdemokraten und sonstigen Erfüllungspolitiker verhin-  
dert wurde!

So werden auch heute Parolen in die Massen geschleudert,  
von denen ihre Urheber ganz genau wissen, daß sie unerfüll-  
bar sind, die aber gerade deshalb gewählt wurden. Man  
verlangt von der Reichsregierung nicht nur, daß sie keine  
Reparationen mehr zahle — was sowieso seit acht Monaten  
nicht mehr geschieht —, sondern auch, daß sie sofort schwarz  
auf weiß bestätigt erhalte, daß Deutschland nie mehr auch  
nur einen Pfennig zu bezahlen brauchen werde. Und wenn  
durch ein Wunder, an das in Wirklichkeit niemand glaubt,  
Deutschland diesen amtlich beglaubigten Verzicht seiner Gläu-  
biger erhalte, dann würde die „nationale“ Opposition sich  
damit noch lange nicht zufriedengeben: Erst kürzlich verlangte  
ein Hugenberg-Blatt in Hannover vom Reichskanzler Brü-  
ning, daß er aus der Lausanner Konferenz mit den fünf  
Mißlingen Mark zurückkehre, die Deutschland nach Auffassung  
der Reichsregierung schon über die eigentlichen Wiederaufbau-  
schäden in der Kriegszone an Frankreich gezahlt habe!

Kein Wunder, wenn dieser Ausbruch von Massenwahn,  
geschürt von gewissenlosen Volksverderbern, drüben in  
Frankreich eine ähnliche Psychose erzeugt hat.  
In den Dörfern und Kleinstädten der französischen Provinz

Heute Mittwoch, den 27. Januar, 20 Uhr  
im Sportpalast, Potsdamer Str. 72

- Redner:  
**Paul Faure**, Generalsekretär der französischen  
sozialistischen Partei  
**Marie Juchacz**, M. d. R.  
**Pietro Nenni**, ehemaliger Redakteur des  
„Avanti“ in Mailand  
**Paul Löbe**, Reichstagspräsident

Fahneneinmarsch  
Musik :: Gesang der Sozialistischen Arbeiterjugend  
Unkostenbeitrag 20 Pf. Erwerbslose gegen Vorzeigung  
des Parteimitgliedsbuches und der Stempelkarte frei!

Spricht man schon im Flüstertone von dem neuen, unver-  
meidlichen Krieg, auf den sich Deutschland unter Füh-  
rung von Hitler vorbereite. Die französischen Nationalisten  
brauchen diese Stimmung, besonders angesichts der nahenden  
Wahlen. Für sie ist der deutsche Nationalsozialismus ein  
Geschenk vom Himmel. Ein republikanisches Pariser Blatt  
verpönte diese nationalistische Spekulation auf die deutschen  
Haltkreuzler mit einer Karikatur, die zwei reaktionäre  
Wahlmacher im Gespräch zeigt, von denen der eine unter  
Variierung eines bekannten Wortes dem anderen zuraunt:  
„Wenn dieser Hitler nicht wäre, müßte man  
ihn erfinden!“ Ein würdiges Gegenstück zu dem be-  
rühmten Ausspruch der „Deutschen Zeitung“ in den Tagen  
der Ruhrbesetzung: „Gott erhalte uns Poincaré!“

Soll dieser Bahnsinn weitergehen? Haben die Völker an  
der Vernichtung von zehn Millionen Menschenleben in den  
vier Kriegsjahren und an der Zerstörung des deutschen Volks-  
vermögens in den wenigen Monaten des Ruhrkampfes nicht  
genug? Soll es den nationalistischen und kapitalistischen  
Schuldigen an diesem Meer von Blut und von Tränen wieder  
einmal gesingen, die Völker zu betrügen und sie in neues  
Unglück zu stürzen?

Nein! Niemals! Nie wieder!  
Es ist die historische Aufgabe des deutschen Sozialismus,  
die Massen aufzuklären und aufzurütteln, sie zum Kampfe  
gegen die faschistischen und nationalistischen Volksverderber  
und Volksverderber aufzurufen, sie in eine Eisernen  
Front zu formieren, einen eisernen Damm aufzurichten,

an dem die Sturzflut des innen- und außenpolitischen Massen-  
wahns zerbrechen wird.

Das ist der Sinn der Zehntausenden von Versammlungen,  
die die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner, die  
Gewerkschaften, die Sportorganisationen und überhaupt alles,  
was sich zur Eisernen Front bekennt, in den kommenden  
Wochen veranstalten. Unter diesen Kundgebungen ist das  
heutige Treffen im Berliner Sportpalast von beson-  
derer Bedeutung deshalb, weil dort neben führenden deut-  
schen Republikanern und Sozialisten zwei bekannte Führer  
der Internationale zu den Massen sprechen werden.

In Pietro Nenni werden wir abermals das un-  
begreifliche Opfer des italienischen Faschismus begrüßen, dessen  
mahnende Worte gerade in den heutigen Zeiten von den  
deutschen Arbeitern besonders beherzigt werden müssen. Denn  
die Leiden der italienischen Arbeiterklasse, die seit Jahren  
alles verloren hat, was dem Leben Würde und Schönheit  
verleiht, und die — sogar nach dem Geständnis deutscher Be-  
wunderer des Faschismus — auch materiell in dieser Wirt-  
schaftskrise schwerer zu leiden hat als alle übrigen Völker,  
mühten für das deutsche Proletariat ein Grund mehr sein,  
Hitler den Weg zur Macht zu versperren.

Und in dem Genossen Paul Faure begrüßen wir den  
Teil des französischen Volkes, der sich gegen die nationa-  
listische Psychose auflehnt, der sich durch die Erfolge Hitlers  
und seiner Propaganda nicht ablenken läßt von dem not-  
wendigen Ziel der deutsch-französischen Verständigung. Paul  
Faure vertritt im Parlament die Arbeiter von Le Creuzot,  
dem Zentrum der Rüstungsindustrie. Das hindert ihn  
und seine Wähler aber nicht, sich mutig für die Ab-  
rüstung zu schlagen und für die Umgestaltung der  
Schneider-Werke, die bisher Geschütze und Panzerplatten er-  
zeugten, in Produktionswerkstätten des Friedens einzutreten.  
Gerade deshalb richtet sich der besondere Haß der franzö-  
sischen Reaktion und ihrer kriegsindustriellen Hintermänner  
gegen Paul Faure; aber es ist ihnen bisher trotz kommuni-  
stischer Hilfe nicht gelungen, ihm seine Wähler absperrig  
zu machen, und es wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

Faschismus und Krieg müssen in jedem einzelnen Lande  
bekämpft werden. Aber sie werden um so sicherer abgewehrt,  
je internationaler die Kampffront für die Demokratie und  
für den Frieden ist. Die heutige Kundgebung im Sportpalast  
wird in den Berliner und den deutschen Arbeitern das Be-  
wußtsein verstärken, daß der Kampf der Eisernen Front sich  
nicht auf unser Land beschränkt, sondern daß er getragen wird  
von dem Willen und den Wünschen der Millionen  
Gleichgesinnter in der ganzen Welt.

# In Italien gibt es noch Helden!

## Das Häuflein der aufrechten Hochschullehrer.

Locarno, 25. Januar. (Eigenbericht.)

Zwölf italienische Professoren haben es bekannt-  
lich abgelehnt, den Eid der Treue dem faschistischen Regime zu leisten.  
Einer von ihnen, der Professor der Rechte, Senator Tamassia,  
ist inzwischen gestorben und hat keine Verfolgung der Schwarz-  
hemden mehr zu fürchten. Den übrigen elf ist nahegelegt worden,  
um ihre Entlassung einzukommen.

Professor Mario Carrara, Ordinarius für gerichtliche  
Medizin an der Turiner Universität, hat in einem Schreiben an den  
Unterrichtsminister die Gründe auseinandergesetzt, die ihm die Ab-  
legung des geforderten Eides unmöglich machen.

„Da ich gewöhnt bin“, heißt es in dem Brief, „den Eid ernst  
zu nehmen, kann ich mich nicht eidlich verpflichten, meiner Lehrtätig-  
keit politische Einstellung, Richtung und Ziele zugrunde zu legen,  
denn ich erachte diese Tätigkeit für um so wirksamer und höher, je  
mehr sie sich frei hält von praktischen und persönlichen Zielen.  
Ganz abgesehen von der tatsächlichen Wirkungslosigkeit einer der-  
artigen Verpflichtung in dem speziellen Fall meines Lehramtes  
— der gerichtlichen Medizin — habe ich die Auffassung vom Wesen  
und Ziel des Hochschulunterrichts als etwas über den  
Parteien stehendes betonen und, soweit dies in meinen Kräften steht,

verteidigen wollen. Wenn wir in den jungen Leuten ein wissen-  
schaftliches Bewußtsein entwickeln sollen, so müssen wir  
uns davor hüten, die spontanen Ansätze durch doktrinaire Par-  
eingenommenheit und Zweckmäßigkeitsrücksichten  
zu stören. Die wissenschaftliche Forschung soll frei sein von Leidenschaft  
und Interesse nur in dem Sinne, daß ihre einzige Leidenschaft  
und ihr einziges Interesse die Wahrheit ist. Deshalb ge-  
ziemt dem Hochschulunterricht keine andere Grenze als die, die in der  
intellektuellen und moralischen Rechtfertigbarkeit des Lehrers liegt.  
Von dieser Auffassung des Lehramtes überzeugt, habe ich es ab-  
gelehnt, dem Rate zu folgen und meine Berufung in den Ruhestand  
zu beantragen, weil es mir schien, daß ich selbst dadurch meine  
Inkompatibilität mit der Professur anerkannt hätte. So habe ich ver-  
zogen, die Bitterkeit und Unruhe der letzten Ereignisse über mich  
ergehen zu lassen, um mich so auch moralisch auf der Höhe  
des Amtes zu zeigen, das ich ausübe. Ich ziehe es vor, von  
der Behörde, der das gesetzliche Recht dazu zusteht, eine endgültige  
Entscheidung abzuwarten.“

Zum Schluß bittet Professor Carrara, der ein Schwiegervater  
Cesare Lombrosos ist, den Verzicht für Arminiananthropo-  
logia, den er seit dem Tode ihres Begründers unentgeltlich besitzet



und der der einzige dieses Fachs in Italien ist, weiter behalten zu dürfen. Diese Bitte, bei der ihm die Pielat die Hand führte, wird ihm sicher abgeschlagen werden.

Man ist „Rebellen“ ist ihr Lehramt entzogen worden.

Aber das genügt noch nicht. In Bologna ist der Professor der Chirurgie, Bartolo Nigrisoli, von zehn mit Knäppeln bewaffneten Faschisten überfallen und niedergeschlagen worden. Der berühmte Chirurg kam gerade aus der Provinz, wo er einen Arbeiter behandelt hatte. Nigrisoli ist in der ganzen Romagna bekannt wegen seiner — freilich nicht faschistischen — Gewohnheit, eine große Zahl mittelloser Kranken in der Stadt und auswärts, unentgeltlich zu behandeln. Es war nur logisch, daß sich die Schwarzhemden mit ihren Knäppeln gegen den alten Herrn wandten, dessen Hände so vielen Menschen das Leben gerettet haben: vom Lehrstuhl verjagt und auf der Straße niedergeschlagen — das Los des geräderten Hochschullehrers im Lande des Faschismus!

Aber selbst das ist noch nicht das Schlimmste. In Turin hat man den siebzehnjährigen Sohn des Professors Lionello Venturi, eines der „Rebellen“, verhaftet! Vorstand der Verhaftung ist die Suche nach den Mitgliedern der Kampforganisation „Gerechtigkeit und Freiheit“, die in den Universitäten viele Anhänger hat. Verhaftet hat man auch den Sohn des Danteforschers Umberto Cosmo, der schon vor einiger Zeit aus politischen Gründen seinen Lehrstuhl verloren hat.

Man will die Väter durch die Söhne treffen,

eine alte Methode des Faschismus. Im zwanzigsten Jahrhundert weiß der Faschismus für seine Sicherstellung nichts anderes zu tun, als auf die bewährten Verfahren der Inquisition zurückzugreifen. Es fehlt wirklich nur noch der Scheiterhaufen.

## Ein Telegramm und eine Antwort.

Der Reichslandbund bekommt nie genau!

Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten wurde vor einigen Tagen vom Reich eine Bürgschaft für die Lieferung von Düngemitteln zur Frühjahrsbestellung übernommen. Die Ausfallbürgschaft geht bis zu einem Betrage von 75 Millionen Mark, in welcher Höhe der Steuerzahler zugunsten der Landwirtschaft wieder einmal das Risiko übernimmt.

Das Präsidium des Reichslandbundes hat jetzt an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet mit der Forderung, daß das Reich auch noch Preise garantieren soll, die den Erzeugungskosten entsprechen. Wenn die Marktpreise an diese zu garantierenden Preise nicht heran kommen, müsse der Fehlbetrag vom Reich an die Landwirte gezahlt werden.

Wie wir hören, wird die Reichsregierung den Reichslandbund auffordern, dazu die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

## Ein Stahlhelmschwindel.

Die Zahl der preussischen Gerichtsvollzieher.

Auf der Führertagung des schlesischen Stahlhelms, die am Sonntag in Regnitz stattfand, wartete einer der Redner mit der Bude auf, daß wir nur 100 000 Soldaten, aber über 117 000 Gerichtsvollzieher hätten. Die Hugenbergpresse hat ihr Übriges und verbreitete diese Bude in großen und fetten Überschriften. Jetzt stellt der Amtliche Preussische Pressedienst fest, daß im Jahre 1931 in Preußen die Zahl der planmäßigen und außerplanmäßigen Gerichtsvollzieher nur insgesamt 2141 betragen hat. Außerdem wurden nur noch 290 planmäßige und außerplanmäßige Gerichtsvollzieher beschäftigt.

## Fric wird durchleuchtet.

Das Gericht fordert seine Akten ein.

Weimar, 26. Januar.

Der sozialdemokratische Vizepräsident des Thüringer Landtags, Leber-Jena, hatte sich am Dienstag vor dem Weimarer Schöffengericht wegen Beleidigung des früheren Ministers Dr. Fric zu verantworten. Leber soll Ende 1930 als Herausgeber ein Plakat haben drucken und verbreiten lassen, worin mit Bezug auf Minister Dr. Fric gesagt wurde: „Schuh von Mördern durch Duldung von Putschaktionen...“ Der Staatsanwalt hält Leber für schuldig. Er beantragte eine Geldstrafe von 200 Mark oder 20 Tage Gefängnis. Demgegenüber forderte der Verteidiger einen Freispruch. Um den Nachweis zu führen, daß Dr. Fric vor Fahren bei seiner Münchener Tätigkeit Putschaktionen geduldet habe, stellte der Verteidiger einen entsprechenden Beweisantrag.

Nach kurzer Beratung verlagte das Gericht die Verhandlung. Es soll zunächst ermittelt werden, ob der Vorwurf der Duldung von Putschaktionen zu Recht besteht oder nicht. Zu diesem Zweck soll Dr. Fric und Polizeikommissar Glaser-München als Zeugen vernommen und die Akten über die angeleglichen Putschaktionen auf der Münchener Polizeidirektion herbeigezogen werden.

## Volkspartei gegen Dingeldey.

Opposition in Stuttgart.

Der Abmarsch der Deutschen Volkspartei zur Opposition gegen die Regierung Brüning ist bei der Stuttgarter Ortsgruppe der Volkspartei auf heftigen Widerstand gestoßen. Das kam in einer Versammlung, in der Abgeordneter Reinath seine Abstimmung im Reichstag durch einen Etieranz zu begründen suchte, in sehr energischer Weise zum Ausdruck. Verschiedene Redner traten Reinath entgegen. Die schärfste Formulierung fand ein Dr. von Baelz, der es geradezu als eine „Todsünde“ gegen das Vaterland bezeichnet, sich jetzt in irgendeiner Form an dem Sturz der Regierung zu beteiligen. Die Versammlung gestaltete sich durch die Aufnahme dieser Ausführungen zu einer demonstrativen Kundgebung gegen die von den führenden Persönlichkeiten der Volkspartei eingeleiteten Versuche, die Deutsche Volkspartei mit den Nationalsozialisten wie überhaupt mit der Harzburger Front in ein Gemeinschaftsverhältnis zu bringen.

## Legale demaskieren sich.

Goebbels' verhängliche Fragen an Starhemberg.

Der österreichische Heimwehrführer Starhemberg hat in Berlin vor einem rechtsradikalen Kreis einen Vortrag gehalten. Nach dem Bericht, den der „Angriff“ des Herrn Goebbels davon gibt, scheint es sich aber eigentlich mehr um eine verantwortliche Vernehmung des Rutschführers gehandelt zu haben. Denn an das

# Das Unrecht der Bürgersteuer.

Abänderungsvorschläge der Sozialdemokratie.

Die Erhebung der Bürgersteuer führt zu Härten, die sich immer mehr als unerträglich herausstellen. Die Bürgersteuer ist in diesem Jahr etwas ganz anderes als im Vorjahr. Diesmal werden nicht nur 6 R. für den Lebigen und 9 R. für den Verheirateten erhoben, sondern in fast allen Gemeinden ist das Drei- und Vierfache dieser Sätze zu zahlen, obwohl Löhne und Gehälter seit dem Vorjahr um 20 bis 25 Proz. gesenkt worden sind.

Die Sozialdemokratie hat diese Gefahren seit Monaten vorausgesehen und hat bereits vor mehr als einem Vierteljahr Abhilfemaßnahmen von der Reichsregierung gefordert. Aber trotz wiederholter schriftlicher und mündlicher Vorstellungen hat das Reichsfinanzministerium nichts Durchgreifendes getan, um die schlimmsten Härten aus der Welt zu schaffen. Es konnte nur erreicht werden, daß eine allgemeine Freigrenze von 500 R. eingeführt wurde und die Zahlungstermine bis zum Juli verlängert wurden. Jetzt zeigt sich immer deutlicher, daß beide Zugeständnisse völlig unzureichend sind.

Besonders groß ist das Steuerunrecht der Bürgersteuer bei den Kurzarbeitern. Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind 26 Proz. seiner Mitglieder Kurzarbeiter. Bei den niedrigen Löhnen und der starken Einschränkung der Arbeitszeit gibt es eine ganz breite Schicht von Arbeitern und Angestellten, die als Kurzarbeiter

weniger verdienen, als die Sätze der Arbeitslosenunterstützung

betragen. Während aber die Arbeitslosen von der Bürgersteuer befreit sind, müssen die Kurzarbeiter im allgemeinen die vollen Sätze mit den hohen Gemeindefuzschlägen zahlen.

Hier muß in erster Linie Abhilfe geschaffen werden. Aber das wird nicht so gehen, daß man die Kurzarbeiter ebenso wie die Arbeitslosen von der Bürgersteuer freisetzt. Dadurch würden wieder andere Arbeitnehmergruppen benachteiligt. Es gibt in den Berufen mit besonders niedrigen Löhnen, wie z. B. bei den Textilarbeitern, sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die trotz voller Arbeitszeit nicht mehr oder sogar noch weniger verdienen, als mancher Kurzarbeiter in den besser bezahlten Berufen. Würde man nur die Kurzarbeiter von der Bürgersteuer

befreien, so wäre das ein neues Unrecht gegen diese gering entlohnten Arbeiterschichten.

Deshalb muß man anders vorgehen. Die Wurzel der Ungerechtigkeiten liegt in der Tatsache, daß der Bürgersteuer, die jetzt erhoben wird,

noch das Einkommen des Jahres 1930 zugrunde liegt.

Wer also im Jahre 1930 noch mehr verdient hat, als das Existenzminimum ausmacht, muß jetzt die volle Bürgersteuer zahlen, auch wenn heute durch Lohnsenkung oder Kurzarbeit sein Einkommen weit unter das Existenzminimum gesunken ist. Nur wenn sein Jahreseinkommen weniger als 500 R. beträgt, wird von diesem Grundlag eine Ausnahme gemacht. Wer in der Zeit der Bürgersteuerzahlung nicht mehr als 10 R. wöchentlich oder 42 R. monatlich verdient, wird von der Bürgersteuer befreit. Die 500-Mark-Grenze wird also nicht auf das Jahr 1930, sondern auf die Gegenwart angewendet.

So müßte auch bei den Kurzarbeitern und den sonstigen gering entlohnten Arbeiterschichten verfahren werden. In der Bürgersteuerverordnung heißt es, daß die Personen, die Lohnsteuerfrei sind, nur den halben Bürgersteuerbetrag zu zahlen brauchen. Statt aber wie bisher dafür die Verhältnisse des Jahres 1930 zugrunde zu legen, muß auch hier, genau wie bei der 500-Mark-Grenze von den gegenwärtigen Verhältnissen ausgegangen werden. Jeder Lohnsteuerfreie soll auch nur die halbe Bürgersteuer zahlen.

Von diesem Grundgedanken gehen neue Vorschläge aus, die die Sozialdemokratie zur Beseitigung der Härten bei der Bürgersteuer gemacht hat. Bereits in der vorigen Woche haben darüber im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit sämtlichen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden stattgefunden, an denen auch die Abgeordneten Dr. Herz (Soz.) und Erping (S.) teilnahmen. Die Verhandlungen haben zunächst ergeben, daß keine unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten bestehen, um die entsprechenden Milderungsmaßnahmen sofort in Kraft zu setzen. Sie sind noch nicht abgeschlossen und müssen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

# Flucht vor der Todesstrafe.

Wirtschaftspartei zieht aus. — Rahl läßt seinen Antrag fallen.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages hat der Vertreter der Wirtschaftspartei das Feld geräumt, weil ja auch die Deutschen und die Nazis nicht mittun. (Ihre Diäten beziehen diese Reiter Deutschlands bekanntlich weltlich, ohne im Reichstag auch nur zu erscheinen. Ihr Gewissen wird dadurch nicht belastet.) Nachdem jedoch der Versuch des Wirtschaftsparteilers, den Ausschuß ausfindig zu lassen, gescheitert war, erlebte der Ausschuß eine neue Ueberrohung. Der alte Volksparteiler Rahl zog mit einer längeren Erklärung seinen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe zurück. Er führte zur Begründung dieses Schrittes aus, er habe zweimal am 25. Oktober 1928 und am 19. Mai 1930 den Antrag gestellt, zwar die Todesstrafe abzuschaffen, sie aber durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen und für den Fall einer Verhängung die Sicherungsverwahrung mit dreijähriger Nachprüfung durch das Gericht einzuführen. Beide Male sei dieser Antrag abgelehnt worden. Er bringe ihn aber deshalb nicht wieder ein, sondern aus Gründen der Rücksicht, auf die inzwischen veränderte Stimmung der öffentlichen Meinung. Angesichts der Häufung der Gewalttaten, angesichts des Umstandes, daß der Mord sogar zur ständigen Waffe politischer Parteien geworden sei, könne er sich nicht entschließen, seinen Antrag von der vorigen Wahlperiode zu wiederholen.

Die Abgeordneten Dr. Marum und Landsberg (Soz.) betonten,

Ende des ziemlich inhaltlichen Berichtes stellt das Blatt folgende verhängliche Fragen:

Warum hat Starhemberg nicht die Macht ergriffen,

als er als Innenminister die Möglichkeit hierzu hatte?

Warum hat er mit Dr. Pfrimmer zusammen sich vor dem schwachen Widerstand der Exekutivkräfte zurückgezogen, als der letzte Putsch nun einmal begonnen war!

Zum Schluß heißt es dann:

Alles in allem hatte man den Eindruck, daß Starhemberg es zwar gut meint, aber daß er zu schwach ist, um zu handeln und sich den Einflüssen gewisser Kreise zu entziehen, die ihn immer wieder auf eine ihnen ungeschickliche Bahn lenken.

Hier wird Starhemberg der Vorwurf gemacht, daß er sein Amt als Minister nicht zum Verfassungbruch mißbraucht und daß er den Pfrimmer-Putsch nicht bis zum blutigen Kampf mit Militär und Polizei weitergeführt hat. So verraten die Nationalsozialisten etwas unvorsichtig, was man von ihnen zu erwarten hat, wenn es ihnen im Reich oder in Preußen gelingt, einen Zipfel der legalen Macht zu erhalten! So zeigen sie, was von ihren Legalitätsschwüren zu halten ist!

## Klagges und die Notverordnung.

„Amtliche Berichtigung“ und die Wahrheit.

Braunschweig, 26. Januar. (Wegenerber.)

Unter Anwendung der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen hat heute abend Klagges dem „Volkstribunal“ eine Berichtigung aufgegeben, in der er die Behauptung seiner Parteifreunde, Kamerad Meier sei von eigenen Freunden erschossen worden, als eine „amtliche Entgegnung“ aufnimmt.

Demgegenüber steht folgendes fest: Bereits seit Sonntag hat die Braunschweigische Kriminalpolizei eine genaue Beschreibung des Mordbubens, der Meier hinterücks erschossen

hat, es sich bei Abschaffung der Todesstrafe nicht um eine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern um eine ernste Weltanschauungs- und Gewissensfrage handele. Die Entscheidung am grünen Tisch, ob ein Mensch hingerichtet werden solle oder nicht, sei das furchtbarste Erlebnis, das man sich denken könne, nicht wegen der Scheu vor der Verantwortung, sondern wegen der inneren Seelenqualen, die es bereite, wenn jemand talchütig darüber entscheiden solle, ob ein anderer Mensch vom Leben zum Tode befördert werden solle. Gerade durch den Anblick einer Hinrichtung seien manche, die Anhänger der Todesstrafe gewesen seien, zu Gegnern geworden. Der Mord sei gewiß furchtbar, noch furchtbarer aber ist der Mord eines Unschuldigen durch die Staatsgewalt. Und so lange die Todesstrafe nicht endgültig abgeschafft ist, so lange könne auch nicht garantiert werden, daß dieses furchtbare Verbrechen vielleicht einmal geschehe.

Hierauf wurde die Aussprache über die Todesstrafe zunächst geschlossen.

Da in der nächsten Woche der Rechtsausschuß über die Fürstenabfindung wichtige Beratungen abhalten soll und die Mitglieder des Strafrechtsausschusses meist auch dem Rechtsausschuß angehören, so legte man zunächst die Beratung über die Todesstrafe an.

Der Strafrechtsausschuß wird am Mittwoch und an den folgenden Tagen die mit der Körperverletzung zusammenhängenden Strafbestimmungen behandeln.

Die Beschreibung ist von einem Kameraden Meiers gegeben worden, der neben ihm stand, als die Schüsse fielen. Ein weiterer, ebenfalls angelegener Zeuge befindet übereinstimmend, daß ein uniformierter Hakenkreuzler geschossen hat. Unter den weiteren nationalsozialistischen Mitbürgern wurde ein SA-Mann aus Braunschweig erkannt, dessen Adresse der Kriminalpolizei am Sonntag zur Verfügbung gestellt wurde. Die Kriminalpolizei hat bis heute von dieser Adresse ebenso wenig Gebrauch gemacht wie von der 15 Namen enthaltenden Liste nationalsozialistischer Studierender und höherer Schüler, die sich nachweisbar an dem Ueberfall ebenfalls beteiligten.

Da gegen die erkrankten Mitbürger an dem Mord des Reichsbannermannes Anzeige erstattet ist, so wird sich erweisen müssen, ob in heutigen Braunschweig noch Recht und Gerechtigkeit oder ob mordwütige Nationalsozialisten über sie triumphieren dürfen.

Die Bestattung des erschossenen Reichsbannermannes Kurt Meier findet am Donnerstagnachmittag statt. Die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsamt und das Reichsbanner haben die Arbeiterkammer der Stadt Braunschweig am Dienstag in einem Aufruf aufgefordert, die Arbeit um 2 Uhr zu beenden und sich an der Bestattung zu beteiligen. In lebenswichtigen Betrieben wird die Arbeit während des Leichenbegängnisses fünf Minuten lang ruhen.

Er will sich revanchieren.

Der braunschweigische Naziminister Klagges lehnte kürzlich das Ersuchen des Reichsministers des Innern ab, die „Braunschweigische Landeszeitung“, ein über beleumdendes Naziorgan, wegen Beleidigung Brünnings zu verbieten. Dieser Tage verjagte Klagges sich Herrn Groener gegenüber zu revanchieren, indem er versuchte, beim Oberpräsidenten in Hannover ein Verbot des hiesigen kommunistischen Organs auf acht Wochen durchzusetzen. Klagges bligte aber ab. Auch das Reichsinnenministerium des Innern, an das sich Klagges beschwerdeführend wandte, tat ihm den gewünschten Befallen nicht. Ebenso erging es ihm mit dem Versuch, den sozialdemokratischen „Volkswillen“ in Hannover verbieten zu lassen. Groener beschleunigte ihm, daß es zu einer derartigen Maßnahme an den gesetzlichen Voraussetzungen fehle.

Ueberfliegen des Goltzard-Gebietes verboten. Der Schweizer Bundesrat hat ein Verbot des Ueberfliegens des Festungsgebietes im St. Goltzard-Raffio erlassen. Alle in- und ausländischen Flugzeuge dürfen in Zukunft das Gebiet nur noch mit behördlicher Genehmigung überfliegen.

## Deutsches Theater.

Ferdinand Brudner: „Simon“.

Vollständige Verwandlung eines berühmten Shakespeare-Dramas. Der Respekt wäre nützlicher gewesen als der Mut.

M. H.



## Auch ein Preisabbau!

Schlafwagen billiger. — Personentarife unverändert.

Die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn verhandelt zur Zeit mit der Mikropa wegen einer Verbilligung der Schlafwagenfahrten. Die Schlafwagenpreise sollen in der I. und II. Klasse um etwa 20 bis 22 Proz. und in der III. Klasse um 15 Proz. gesenkt werden.

Die Verwaltung der Reichsbahn, die in der Frage der Verbilligung der Gütertarife unmittelbar nach der Veröffentlichung der Dezember-Kotverordnung schnelle Entschlußkraft bewiesen hat, treibt auf dem Gebiet des Publikumsverkehrs eine mehr als merkwürdige Politik. Daß eine Aufrechterhaltung der gegenüber der Vorkriegszeit um glatt 100 Proz. verteuerten Fahrpreise (sowohl bei der Berliner Stadtbahn als im Fernverkehr bei der allgemeinen scharfen Lohn- und Gehaltsdrosselung unhaltbar ist, wird sich die Reichsbahnverwaltung selbst sagen. Zu einer wirksamen Verbilligung des Publikumsverkehrs, von dem sie letzten Endes in den Reisezeiten — wie sich dies zu Weihnachten deutlich gezeigt hat — am stärksten profitieren würde, kann sie sich aber nicht entschließen.

Die Preisentlastung, die jetzt auf einem für den Massenverkehr völlig nebensächlichen Gebiete, dem Schlafwagenverkehr, vorgenommen wird, muß bei Aufrechterhaltung der überbewerteten Personentarife fast wie ein Hohn wirken. Mit stärkerem Nachdruck denn je muß in der Öffentlichkeit die Forderung erhoben werden, daß die Personentarife der Reichsbahn den heutigen gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden.

Auf der Tagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn am Montag wurde mitgeteilt, daß die Einnahmen im Jahre 1931 mit 3842 Mill. M. gegenüber 1930 um 15,9 Proz. gesunken sind. Der Rückgang gegen 1929 beträgt mehr als 28 Proz. Die Einnahmewirtschaftung in den ersten Wochen dieses Jahres zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall. — Zum Präsidenten des Verwaltungsrates wurde einstimmig C. F. von Siemens wiedergewählt.

## Reichspost flieht in die Öffentlichkeit.

Landwirtschaftliche Unfallversicherung will nicht zahlen.

WTB. verbreitet folgende bezeichnende Meldung: „Die Kotverordnung vom 8. Dezember 1931 hat in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung den Rentenaufwand um 57 Millionen Mark um 12 Millionen Mark für das Jahr gemindert. Diese Entlastung rechtfertigt die Erwartung, daß nunmehr alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Reichspost, welche die Renten auszahlt, rechtzeitig die notwendigen Vorschüsse überweisen. Erfüllt sich die Erwartung nicht, so wird der Gesetzgeber gezwungen sein, die Auszahlung der Renten den säumigen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften selbst zu überlassen. Bei vielen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bilden die landwirtschaftlichen Arbeiter nur einen kleinen Bruchteil der Versicherten. Die Mehrzahl der Versicherten und der Rentempfangern besteht aus Unternehmern und ihren Angehörigen.“

Ob die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften jetzt zahlen werden, bleibt abzuwarten. Das Zahlen haben die Herrschaften immer gern anderen überlassen.

## Das Leben des alten Kämpfers.

Der älteste Sozialist Deutschlands gestorben.

Kürnberg, 26. Januar. (Eigenbericht.)

In Kürnberg ist dieser Tage der Schlossermeister Gottfried Bernhardt, 84 Jahre alt, gestorben. Mit Gottfried Bernhardt ist zweifellos das älteste organisierte Parteimitglied aus der Sozialdemokratie gestorben.

Bernhardt gehörte mit August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Robert Schweißel zu den Gründern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die im Jahre 1859 in Kürnberg ins Leben gerufen wurde. Die Mitgliedskarte von Bernhardt ist heute noch vorhanden und lautet:

„Mitgliedskarte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Herrn Bernhardt, Kürnberg, eingetretten am 1. Januar 1870.“

Mit Karl Grillenberger eng befreundet, hat Bernhardt alle Schlachten des Proletariats aktiv mitgemacht. Bei jeder Wahlbewegung, jeder öffentlichen Kundgebung, jeder Hausagitation war er dabei und während des Sozialistengesetzes war er einer der eifrigsten. Ihm ist es zu danken, daß die Fahne der Sozialdemokratie 12 Jahre lang vor den Häusern des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 verborgen blieb. Zahlreiche Hausdurchsuchungen nach dieser ältesten Parteifahne waren vergeblich. Bernhardt mußte immer wieder der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Noch bis vor zwei Jahren beteiligte er sich an den Veranstaltungen der Sozialdemokratie. Jetzt hat ein Jungensleben dieses wackere Herz zum Erliegen gebracht. Nicht nur die fränkische Arbeiterschaft, sondern auch die Gesamtpartei verliert in Bernhardt einen Mann, von dem die Jüngeren viel lernen können. Er war im wahrsten Sinne des Wortes ein Sohn des Volkes und ein Soldat der Revolution.

## Wohlfahrtslasten und Landreise.

Reich und Staat sollen helfen.

Der Vorstand des preußischen Landkreistages beschäftigt sich von neuem mit der Frage der Wohlfahrtslasten. Er begrüßt den Vorstoß des Reichsrats, der die Reichsregierung veranlassen soll, den Bezirksfürsorgeverbänden erhöhte Zuwendungen zu gewähren, da auf die Dauer nicht zu verantworten sei, daß sich der Staat jeder Beteiligung an der Kostenlast entziehe. Preußen müsse einem Beschluß des Landtages entsprechend ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Welches Ausmaß die Belastung angenommen habe, geht daraus hervor, daß die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden des Reiches am 31. Dezember 1931 auf 582 000 (gegenüber dem Vormonat um 16 Proz.) gestiegen sei. Meist der Monat Dezember brachte eine Vermehrung um 80 000. Die prozentuale Steigerung betrug im November 1931 in den ländlichen Bezirken 14 Proz. gegenüber 7 Proz. in den Stadtbereichen.

Gingehend besprochen wurde das kürzlich veröffentlichte Gutachten von Prof. Popitz. Die besonders die Landreise berührenden Vorschläge auf dem Gebiete der Verwaltungsreform und des Finanzwesens sollen in weiteren Sitzungen der zuständigen Organe geprüft und dann zum Thema der nächsten Hauptversammlung gemacht werden.

Das deutsch-polnische Abkommen über Sozialversicherungen vom 21. Juni 1931 hat der Sejm in zweiter und dritter Lesung angenommen.

## Die Deckung.



„Straffreiheit wird gewährt für alle Handlungen aus politischen Beweggründen.“

(Kommunistischer Antrag im Preussischen Landtag.)

## Japanerputsch in Charbin.

Der Raubzug greift immer weiter.

Tokio, 26. Januar. (Mentex.)

Der Kommandant des japanischen Bahnschutzes der ostchinesischen Eisenbahn, Tingschao, ließ seine Truppen in das Chinesenviertel von Charbin eindringen, wobei 30 chinesische Polizisten und 20 Zivilpersonen getötet worden sein sollen. Außerdem sollen die Truppen den ganzen Stadtteil geplündert haben. Das Vorgehen Tingschao's entspringt anscheinend der Verärgerung darüber, daß sich die örtlichen chinesischen Truppenbefehlshaber über seinen Kopf hinweg mit dem Gouverneur der Provinz Kirin verständigt haben, um diesem den Distrikt Charbin zu unterstellen. Tingschao hat seine Truppen aus Charbin zurückgezogen, man befürchtet aber einen neuen Heberfall.

Charbin liegt dicht an der Grenze der Sowjetunion. Man nennt es wegen der sehr zahlreichen russischen Emigrantensiedlungen die letzte altrussische Stadt und das Leben dieser ehemals Prominenten entspricht diesem Namen. Von Charbin gehen auch die weingardistischen Setzungen gegen die Sowjetunion und die gelegentlichen Bandenzüge über die Grenze aus. In Charbin leben auch viele Sowjetbahner, da es der Endpunkt der russischen Bahn ist. Jedenfalls kann man nicht bestreiten, daß Sowjetrußland stark daran interessiert ist, daß Charbin nicht zum Stützpunkt der japanischen Kriegsmacht wird, zumal der russische Vorschlag eines Nichtangriffspaktes in Tokio schon eiskalt aufgenommen worden ist. Es wird denn auch bereits starke Moskauer Beunruhigung über die japanische Unruhenmache in Charbin gemeldet und das Regierungsblatt „Iswestija“ hat schon dieser Tage wieder einmal warnenden Zuspruch an Japan gerichtet, das aber wenig darauf zu geben scheint.

## Kriegsschiffe nach Shanghai abgegangen.

Tokio, 26. Januar.

Mehrere Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sich nach China zu begeben. Man vermutet, daß ihr Bestimmungsort Shanghai ist.

Die Regierung beschloß am Montag weitere Truppenleistungen in die Mandchurei. Dem Kriegsminister wurde zugleich ein Vertrauensvotum ausgestellt.

## Amerikanische Protestnote an Japan.

Washington, 26. Januar.

Wegen der Besetzung Shanghais bereitet die Regierung der Vereinigten Staaten eine Protestnote an Japan vor.

## Drummonds Rücktrittsgesuch.

Der Völkerbundsrat hat sich in seiner ersten Sesssion am Montag mit einem überraschenden Rücktrittsgesuch seines Generalsekretärs Sir Eric Drummond befaßt, der zum Jahresende den Posten verlassen will, den er seit Gründung des Völkerbundes bekleidet. Es heißt, daß der Rat sich bemüht hat, Drummond zu bewegen, seinen Entschluß rückgängig zu machen, anscheinend nicht ohne Erfolg. Jedenfalls gilt das Gesuch als nicht mehr endgültig.

Über die Beweggründe Drummonds schweben allerhand Gerüchte, insbesondere wird behauptet, daß seine Amtsmüdigkeit auf das beschämende Bewußtsein zurückzuführen sei, daß der Völkerbund in einer entscheidenden Frage versagt habe, bei der es galt, seine Notwendigkeit zu beweisen: tatsächlich stellen die fortgesetzten

## U-Bootskatastrophe in England

68 Mann Besatzung verloren?

London, 26. Januar.

Wie die Admiralität mitteilt, ist ein U-Boot heute vormittag um 10.30 Uhr vor Vorland untergegangen und seitdem verschollen.

Berichtsbereits andere U-Boote und die gesamte Minensuchflotte befindet sich an der Unglücksstelle.

Das Boot, das 1450 Tonnen groß ist, ist 1920 vom Stapel gelaufen und ein Schwesterboot des Bootes, das 1925 im Kermekanal unterging, wobei 68 Mann den Tod fanden. Man nimmt an, daß auf dem vermissten Boot etwa eine ebenso starke Besatzung an Bord ist.

Kapitulationen des Rates vor den japanischen Militärjungen im Mandchureikonflikt einen schweren Prestigeverlust für den Völkerbund und für seine verantwortlichen Leiter dar. Wenn Drummond aus dieser Sachlage die Konsequenzen ziehen und seinem Rücktritt den Charakter eines demonstrativen Protestes verleihen würde, so wäre das nur durchaus ehrenvoll für ihn. Eine solche Geste würde bei ihm um so verständlicher sein, als er aus dem englischen diplomatischen Dienst hervorgegangen ist und als es nicht zuletzt Englands Haltung im Rat war, die den bisherigen betrüblichen Verlauf der Dinge bestimmte.

Über gleichviel, ob diese Kombinationen und Gerüchte über Drummonds Rücktrittsgesuch zutreffen oder nicht, das Verlangen des Völkerbundes in dem fernöstlichen Konflikt stellt für die Zukunft der Genfer Institution eine ungeheure Gefahr dar. Nicht allein, daß die Völker, ohne deren Vertrauen der Völkerbund nicht lebensfähig ist, aus seiner Passivität die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen, darüber hinaus wirkt sich dieses Verlangen als ein Argument für die Militaristen gegen die Abkehrung aus. Schon aus diesem Grunde sollte die Reichsregierung, die aus anderen begrifflichen Gründen eine Indulgenz im chinesisch-japanischen Streit bisher vermied, sich die Frage ernstlich vorlegen, ob nicht diese Taktik den deutschen Interessen auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz zuwiderläuft.

## Putzbefürchtung im Memelland.

Drohender Gewaltstreik Litauens.

Memel, 26. Januar.

Die langen Besprechungen des litauischen Gouverneurs Merkys mit der Regierung in Romno haben die Befürchtung verstärkt, daß Litauen nach der jetzigen Völkerbundstagung durch einen Gewaltstreik die Memeler Selbstverwaltung beseitigen und die Deutschen vertreiben wolle. Da die Memeler Landesregierung mit den schwachen Polizeikräften nicht in der Lage ist, einen ernsthaften litauischen Angriff, der nach dem Vorbild des Litauer Einfalls vom Januar 1923, zweifellos unter Hinzuziehung gelarnter Militärformationen erfolgen wird, abzuwehren, so fordert das Memelgebiet, daß sich der Völkerbundrat in seiner jetzigen Tagung sofort mit der Befreiung im Memelgebiet befaßt, und die litauische Regierung unter Androhung von Zwangsmassnahmen zur strikten Einhaltung des Memelabkommens auffordert. Auch die Reichsregierung wird das ihre tun müssen, um die litauische Regierung von ihrem Memelabenteuer abzuhalten.

Mehrere deutsche Landtagsabgeordnete des Memelgebietes werden jetzt des — Hochverrats beschuldigt, weil sie mit deutschen Regierungsstellen verhandelt haben sollen. Der Landtagspräsident Böttcher hat eine Reise in Familienachen nach Berlin beantragen wollen, um in Vertretung der memelländischen Kollektion im Reichswirtschaftsministerium vorzusprechen! Und der Abg. Balchrojenius (Landm.) hat vom deutschen Generalkonsul einen Empfehlungsbrief an die deutschen Post- und Zollbehörden erhalten, was bei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für nicht ganz freundliche Grenzstellen gang und gäbe ist!

## Beleidigung Deutschösterreichs.

In der Zeitschrift v. Gontards.

Gonnabend wird vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte eine Beleidigungsklage verhandelt, die der Schriftsteller Dr. Behmering gegen Dr. Nischler als verantwortlichen Redakteur der Monatschrift „Oesterreich-Deutschland“ wegen eines Artikels angebracht hat, der von dem Presschef der österreichischen Gesandtschaft Sektionsrat Dr. Wasserbäd stammt. Dr. Behmering hatte in der „Neuen Revue“ des Herrn von Gontard einen Schmähartikel gegen Oesterreich geschrieben. Dr. Wasserbäd widerlegte in seinem Gegenartikel diese Behauptungen und polemisierte gegen den Autor in scharfer Form. Dr. Wasserbäd hat mit Genehmigung der Bundesregierung in Wien auf seine Exterritorialität verzichtet und wird als Zeuge ausfragen. Als weitere Zeugen sind von Dr. Nischler der Schriftsteller Anton Kuh und Herr von Gontard namhaft gemacht worden. Den Beklagten verteidigt der Anwalt der österreichischen Gesandtschaft Professor Dr. Schachlan.







Der Junge aus dem Sandkasten. Wie aus dem Fürsorgejungen ein Glaser wird. — Das Leben spricht.

Meldung des ... Polizeiteleviers: Hans I. ist aus einem Sandkasten des Stadtparks ausgegriffen worden. Es wird gebeten, ihn abzuholen. Hans wird seit zwei Jahren gesucht. Als kann Fünfzehnjähriger hat er sich aus einem Erziehungsheim heimlich entflohen. Schon als Kind verschwand er oftmals aus der elterlichen Wohnung. Er leidet an Wandertrieb. Wo mag er in der ganzen Zeit gesteckt haben? Leider berichtet er bei seiner Vorführung im Jugendamt darüber nicht viel, nur so ganz oben hin, daß er in der Schweiz, in Oesterreich und in Schlesien war. Er ist ganz voll von dem Erlebnis der letzten Stunden. Er würde sich nie wieder haben kriegen lassen. Der Waise, der „dusselige Anfänger“, hat schuld an seinem Pech. „Hier Wochen lang hab ich gemütlich in meinem Sandkasten gewohnt. Vorgestern seh' ich da einen runstehen auf der Straße — sieht aus wie'n Ausgerückter — ist bin doch Kenner. Aus pures Mitleid nehm ich'n mit. Heut morgen sag ich zu ihm: „Mensch, tief mal raus, ob wir aufstehen können, aber ganz vorsichtig, bloß ne kleine Risse machen.“ Lächelt der Mensch den Deckel fallen mit'n jrohen Krach. Schon steht 'nen Schuttmann da. Aus wart — mußten mit uf die Wache.“ „Frau.“ fährt er fort, „bringen Sie mir nich wieder in 'ne Anstalt. Dat hat ja keenen Zweck nich. Ist wech jezt, wat ist werden kann. Bringen Sie mir bei 'nen Glasermeister. Wissen Sie, den Sandkasten, den hab ich fein verlitet. Da kann keen Wind nich mehr durch. Und an die Wand da hab ich mir 'nen kleines Brett angemacht für meinen Beder und für Brot. Ruh ist od so dusselig sind und eenen aus Mitleid mitnehmen.“ So schließt er seinen Bericht über das gemütliche Heim im Sandkasten des Berliner Magistrats.

gehe ich nicht zurück. Wenn Sie mich dazu zwingen wollen, dann gehe ich an die Presse.“ sagt er während. „Aber nein,“ begütigte ich, „wir werden einen franten Jungen doch nicht gehen lassen. Das machen wir telefonisch ab. Mit welcher Redaktion wünschen Sie verbunden zu werden?“ — „Lassen Sie schon,“ wehrt er ab, „ich gehe schon“ und folgt dem Begleiter. So trötelt der Humor einer augenblicklichen Situation manchmal hinweg über die Not der Schicksals, die unsere Berufsnot ist. Minna Todenhagen.

Genosse Karl Höhne vollendete am Montag das 70. Lebensjahr. Genosse Höhne steht seit 47 Jahren ununterbrochen in der sozialdemokratischen Parteibewegung. Er versteht heute das Amt des ersten Kassierers der 17. Abteilung.

Berlins Ortsgefes fertig. Einigung im Rathaus. — Endabstimmung im Magistrat.

Der Schaffung des neuen Ortsgefes für Berlin standen anfangs nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten entgegen. Ueber die wichtige Frage der Arbeitsabgrenzung zwischen der Zentralverwaltung und den Bezirksämtern gingen die Meinungen der verantwortlichen Kommunalpolitiker weitgehend auseinander. Trotz mehrerer gemeinsamer Sitzungen des Magistrats mit den Bezirksbürgermeistern war eine Einigung nicht zu erzielen. Man fehlte deshalb einen Redaktionsausschuß ein, dem Männer der Zentralverwaltung wie Vertreter der Bezirksämter angehörten. Dieser Unterausschuß hat jetzt keine Arbeiten beendet und einen Entwurf geschaffen, der Aussicht auf allgemeine Annahme hat. Der Entwurf liegt heute dem Magistrat zur endgültigen Beschlussfassung vor. Nach der Annahme wird die Vorlage sofort den Stadtverordneten zugehen, so daß der Gesetzentwurf in der nächsten Woche bereits im Stadtparlament behandelt werden kann. Im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung wird die Vorlage dann noch einmal auf alle ihre Konsequenzen hin eingehend durchgeprüft werden.

Häuser sterben und entstehen

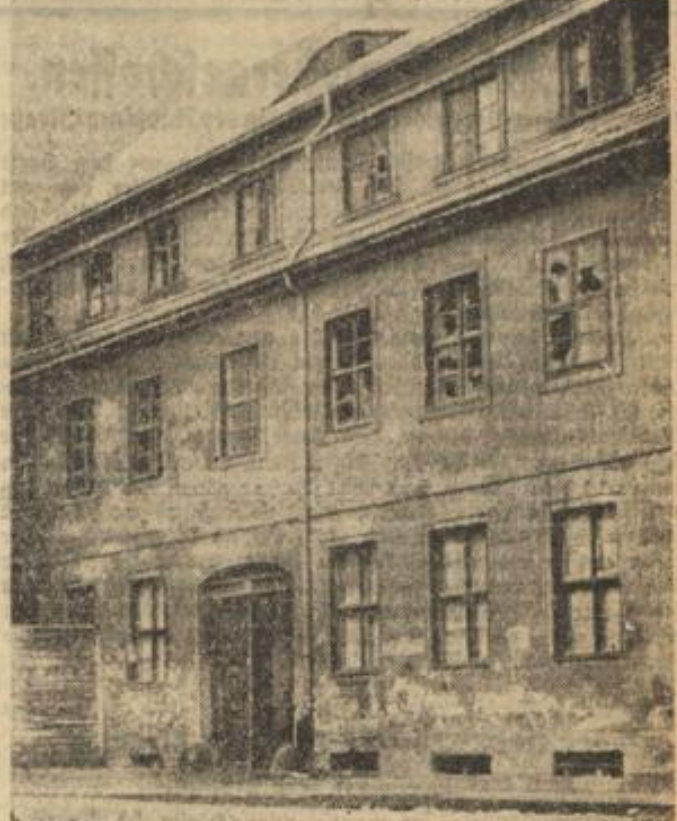
Die Vergänglichkeit aller Dinge wird am deutlichsten in der Wandlung des Stadtbildes sichtbar. Das alte vornehme Patrizierhaus, das heute noch am Rande des neugestalteten Alexanderplatzes wie aus Versehen stehengeblieben ist, trägt den Todeskeim schon in sich. In einigen Wochen oder Monaten wird es vom Erdboden verschwunden sein. Die Geschichte seines Lebens durch mehrere Jahrhunderte würde gewiß eine der interessantesten sein, die geschrieben wurden, begonnen von der höfischen Zopfzeit eines Friedrich II. bis zu den dunklen Kapiteln letztver-

gangener Tage, da Not und Sorgen genug unter seinem Dach und in den engen Mansardenstuben gehaust haben.

Das neue Gebäude der Universitäts-Frauenklinik in der Ziegelstraße zeigt das Gesicht einer neuen Zeit.



Das neue Gebäude der Universitäts-Frauenklinik in der Ziegelstraße.



Ein altes Patrizierhaus am Alex, das der Spitzhacke geweiht ist.

Die „Gnädige“ droht...

Ein Telefon, das zwischendurch läutet, meldet sich eine zaghafte Stimme: „Ich wollt' mich mal erkundigen.“ Es entspinnt sich folgendes Gespräch: „Ja, bitte, wer ist denn dort?“ — „Ich heiße Fräulein Krause.“ — „Ich heiße T., was möchten Sie wissen?“ — „Ich bin nämlich von auswärtis. Aber jezt wohnen auch meine Eltern hier. Bis vor kurzem bin ich immer zu ihnen gegangen. Aber wie das nun so Mode ist, ich hab mir auch einen Bräutigam angeschafft. Mit dem bin ich dertmal ausgegangen und da ist es ein bißchen spät geworden. Nun sagt meine Gnädige, sie will mich in eine Fürsorgeanstalt bringen. Kann man deswegen dahin gebracht werden?“ — „Ja, Fräulein Krause, das läßt sich nicht so leicht beantworten. Wie alt sind Sie denn?“ — „19 Jahre.“ — „Nun, da ist ja die Gefahr nicht mehr so groß. Aber wenn ich Ihnen raten darf, bleiben Sie nicht so lange fort. Wenn man am Tage arbeiten soll, dann muß man nächs schlafen.“ — „Ja, aber dann muß mich die „Gnädige“ auch an meinem freien Nachmittage zur rechten Zeit fortgehen lassen. Ich komme immer erst um 9 Uhr abends fort.“ — „Da haben Sie ganz recht. Verlangen Sie, daß man Sie zur rechten Zeit fortgehen läßt und dann stellen Sie Ihren Schatz Ihren Eltern vor und gehen Sie mit ihm auch einmal zu ihnen, wenn Sie frei sind. Dann sind Sie aus aller Not heraus.“ — „Na, ich danke Ihnen auch schön.“ Fräulein Krause hat abgehängt. Der nächste Besucher kommt bereit.

Er geht an die Presse.

„Nun, lieber Freund, Sie können doch wohl nicht geglaubt haben, daß ich Sie beurlaube, wenn Sie mit einer anstehenden Krankheit aus dem Krankenhaus ausreisen?“ Mit diesen Worten empfangt ich ihn. Da komme ich schon an: „Ins Krankenhaus

Donner über der Adria. Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schöber erzählt von Erich Knopf.

In der Mitte des Achterdecks steht der Kommandant mit seinen Offizieren. Alle halten die Pistolen schußbereit in der Hand. Die Angreifer stehen fünf Meter vor ihnen und halten den Atem an. Eine verfluchte Situation! Da tritt Tolstoi vor. Er reißt seine Bluse auf, beide Häufte links und rechts an den Kleiderreifen, und in der Mitte die nackte Brust. „Schleicht mich zusammen, ihr Hunde! Wie ihr es mit Kraus und Koudy gemacht habt!“ Die Offiziere stehen und starren ihn an. Er tritt ihnen näher: „Ich zähle bis drei! Aber wehe, wenn ihr mich nicht trefft!“ Die Besatzung drängt nach. Schritt für Schritt. Einige reißen ihre Blusen herunter: „Holla!“ und spucken in ihre Häufte. „Saures!“ Jetzt zählt Tolstoi. „Eins!“ Der Offizier, der rechts neben dem Kommandanten steht, zuckt mit der Pistole hoch. „Zwei!“ Die erhobene Hand mit der Waffe fällt herunter. „Drei!“ Und schneller als ein Gedanke ist die ganze Besatzung über den Offizieren. Zwanzig, dreißig Hände greifen nach

dem Kommandanten. Eine Woge wälzt sich über die Offiziere. Pistolen fliegen im großen Bogen aus dem Gewühl heraus. „Wartet! Ihr Bunde! Scheißler! Alla!“ Ich laufe mir den Profosch. Dunkelarest, Bordarrest, Spangen, Strafanzeige, Dienstbuch vermasselt, na warte! Ich erwische ihn beim Leibriemen. Ist der Kerl so leicht? Zwei Sekunden lang lasse ich ihn über mir schweben, und dann werfe ich ihn wie ein Lumpenpaket an die Wand. Da ich gerade so schön im Schwunge bin, knöpfe ich mir auch den „Langen Docht“ vor. Ich will ihn puzen! Komische Sache! Man haut auf eine straffe Uniform los und trifft auf Frei. „O, bitte lehr!“ Was will der Kerl? Mir geht die Befinnung durch, und ich prügle ihn, bis mir leichter ums Herz wird. Vom Kommandanten abwärts sind alle degradiert. Ich natürlich auch, denn es gibt keine Unteroffiziere mehr. Was liegt schon an dem Mist! Und unser Chefarzt, ein feiner Kerl, den niemand angetastet hat, nimmt selber die Kappe vom Kopf, reißt das kaiserliche Abzeichen ab, tritt an die Keeling und läßt es aus zwei Fingern ins Wasser fallen wie eine Wange. Einige Matrosen sehen das, springen hin, heben ihn auf die Schultern, daß der alte Mann wie besoffen hin und herschlägt, und brüllen hurra! Die Schloßer von der Dunkelarestzelle werden abgeprengt und die eingesperrten Matrosen herausgeholt. Mit Musik, aber was für Musik! werden sie an Bord gebracht. Etliche Stunden später stehen wir wieder an Freibord am Lofstoj versammelt. Der berichtet, daß im Lande die Revolution ausgebrochen ist und daß die Arbeiter und Soldaten die Regierung ergriffen haben. Ein Totenstille ist über der Versammlung. Nur Tolstois laute Stimme schallt über das Deck: „Degradierung sämtlicher Offiziere. — Ablegung des Kommandos, das von der Mannschaft übernommen wird. — Alle Befehle des Revolutionskommandos sind unverzüglich zu befolgen. — Besetzung der Radiostation. — Kein Offizier darf bei schwerster Strafe weder Waffen noch Munition bei sich tragen. — Die Schlüssel der Schiffskasse und der Munitionskammern sind sofort der Mannschaft zu übergeben. — Ohne die Erlaubnis der Mannschaft darf kein Offizier das Schiff verlassen. Alles, was von Bord geht, untersteht der Mann-

schaftszensur. Alle Zeitungen, Briefe und Pakete, die an die Offiziere gehen, sind von der Mannschaft zu zensurieren und, wenn nötig, zu beschlagnahmen. — Alle Offiziere fassen von heute an ihre Menage aus der Mannschaftsküche. „Hurra!“ schreit einer. Der neben ihm: „Halts Maul!“ Tolstoi weiter: „Die Offiziersküche ist sofort einzustellen. — Die Proviantur übergeht sofort in die Hände der Mannschaft. — Kein Offizier darf in die Kessel- und Maschinenräume eindringen oder einen Befehl geben. — Der Mannschaftsdienst wird verschärft. — Alle Borräte, alle Monturen, Schuhsohlen, Zigarren und Zigaretten und Tabak sind an die Mannschaft zu verteilen. — Der Schiffsdienst bleibt aufs strengste aufrecht.“ Die Vorlesung ist beendet, und Tolstoi verläßt das Gangspill. Vom Krähenest, von der Kommandbrücke und vom Geschühturm erschallen tröstliche Hochrufe auf die Revolutionsregierung. Der Chefarzt nimmt den Platz von Tolstoi ein: „Kameraden! Kraus und Koudy wurden vor einigen Monaten als Landesverräter hingerichtet. Landesverräter nannte sie die Anlagelchrift. Tatsächlich aber starben sie als Märtyrer für unsere Sache.“ Da ruft Tolstoi: „Kameraden, zum Salut!“ Und die Hände fliegen an die Kappen. „Ich erinnere euch“, fährt der Chefarzt fort, „an die Leiden der VB-Keule und der Kameraden hinter Gefängnismauern. Sie wurden ihrer Freiheit beraubt, der Mensch in ihnen wurde mit Füßen getreten, sie wurden in die Pfütze des Lasters geschleift und dann als Sexualverbrecher verurteilt. Dieses System, das hunderte solcher Greuel beging, ist zusammengebrochen. Das alte Oesterreich geht in Trümmer, ein neues System wird erziehen! Ein menschenwürdigeres! Wir wollen eine Ordnung der menschlichen Gesellschaft, die sich zu Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit bekennt!“ Tausend Stimmen werden jetzt zu einem einzigen Schrei: „Nie wieder Krieg! Es lebe die Revolution! Es leben die Republikler!“ Eine rote Fahne klettert am Achtermast hoch und weht dann knallend vom Top. (Fortsetzung folgt)



# Zahlen des Elends.

## Notruf der Baugenossenschaften. — Zurück in die Wohnlöcher.

Die Demog. Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2 1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer der freien Gewerkschaften nahestehenden Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde.

Diese Zahlen mögen all den Stellen in den Ohren gellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder. Von den Mitgliedern der Genossenschaft sind

50 Proz. Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter,
14 „ Rentenempfänger,
13 „ Arbeitslose und Unterstützungsempfänger,
23 „ ohne Einkommen bezw. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Wie sieht das Familieneinkommen dieser „Vollbeschäftigten“ und „... empfänger“ aus? — Auf

24,4 Proz. der Genossenschaftler kommen	0—50 RM. mit
16,4 „ „ „ „	51—75 „ „
12,2 „ „ „ „	76—100 „ „
22,0 „ „ „ „	101—150 „ „
16,0 „ „ „ „	151—200 „ „
4,5 „ „ „ „	201—300 „ „
4,5 „ „ „ „	über 300 „ „

Gegenüber diesen Elendziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehenden Baugenossenschaft zwischen 20 und 55 M. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen allein für Miete ausgegeben werden bei

12,2 Proz der Mitglieder	20 Proz.
29,8 „ „ „	21—30 „
18,2 „ „ „	31—40 „
7,5 „ „ „	41—50 „
11,5 „ „ „	51—75 „
7,5 „ „ „	76—100 „

## Ein Mieter niedergeschossen.

### Schießwütiger Portierjohn, Blutat in der Ruppiner Straße

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern vor dem Hause Ruppiner Straße 23 ab. Im Verlaufe eines Streites, den zwei Frauen begonnen hatten, streifte der 31 Jahre alte Tischler und Sohn des Portiers Bartke den 28 Jahre alten Elektrotechniker Bruno Schelske, einen Mieter des Hauses, durch einen Bauchschuß nieder. Sch. wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, der Revolver schloß festgenommen.

Zwischen den genannten Familien war es in der letzten Zeit schon häufig zu Auseinandersetzungen gekommen, die heute ihren Höhepunkt erreichten. Die Ehefrau des Schelske war mit der Mutter des 31 Jahre alten Tischlers wieder in Streit geraten. In diese Auseinandersetzung, die vor dem Hause stattfand, mischte sich der jetzt hinzukommende Sch. ein. Es entstand ein wüster Krach. Es dauerte nicht lange, da ergriff der Sohn der Portierfrau, zog eine Pistole und gab auf Schelske einen Schuß ab, der diesen in den Bauch traf. Stöhnend brach der Mann zusammen. Der Täter rannte jetzt auf den Hof des Hauses, wo er die Pistole in den Müllkasten gemorfen haben wollte. Bei seiner Festnahme durch sofort alarmierte Polizeibeamten konnte der Revolver jedoch dort nicht gefunden werden. Der verletzte Sch. liegt im Krankenhaus schwer danieder. Der Täter wurde verhaftet.

## Der liebebedürftige Herr Pfarrer.

### Entführung der Hausgehilfin.

Köslin, 26. Januar.

Einen günstigen Ausgang für den Angeklagten nahm heute der vor dem hiesigen Amtsgericht angelegte Prozeß gegen den früheren Pfarrer von Köslin, Salinger, der die 19jährige Hausgehilfin Elisabeth Gumy entführt hatte. Salinger war verheiratet und wurde gerade Vater des achten Kindes, als er sich in die junge Bauerin verliebte.

Während seine Frau auf einem Besitztum in der Nähe von Berlin weilte, verließ er seinen Pfarrort mit der Geliebten und verschwand mit ihr spurlos. Die Eltern des Mädchens erstatteten Anzeige wegen Entführung; zugleich verlor Salinger sein Amt. Den stöbernd nachsuchenden Kriminalbeamten erst neun Monate später in der Nähe von Berlin. Er wurde verhaftet, gegen Kaution freigelassen und erlangte kurz darauf die Zustimmung seiner Frau zur Scheidung. Am Tage nach der gerichtlichen Trennung der Ehe heiratete der Pfarrer seine junge Geliebte.

Vor Beginn der heutigen Verhandlung, die trotz des glücklichen Ausgangs der Entführungsgeschichte angelegt worden war, ließ die Staatsanwaltschaft Gnade für Recht ergehen und beantragte die Einstellung des Verfahrens. Daraus wurde der Termin aufgehoben.

## Roabiter Messerschere vor der Aufklärung.

Es ist der Politischen Polizei jetzt gelungen, die Schlägerei in der Bogtowkistraße in Roabit, bei der der 16jährige Nationalsozialist Herbert Rorkus von Kommunisten erstochen wurde, der Aufklärung zuzuführen. In den letzten beiden Tagen sind sechs Kommunisten verhaftet worden, die offenbar als Mittäter in Frage kommen. Drei von ihnen, die Arbeiter Weisler, Rachtigall und Schwarz, sind von verschiedenen Zeugen erkannt worden. Für die Tat selbst scheinen sie aber nicht in Frage zu kommen. Der mutmaßliche Haupttäter soll ein 22 Jahre alter Kommunist Laß sein, der seit Sonntagabend aus seiner Wohnung verschwunden ist. Er ist Besitzer eines Motorrades, und es wird vermutet, daß er mit seinem Rad in die Provinz geflüchtet ist, wo er sich bei Bestimmungsgenossen verborgen hält. Gestern abend wurde die Obduktion des erstochenen Nationalsozialisten vorgenommen, über deren Ergebnis bisher noch nichts bekannt geworden ist.

## Krach in einer kommunistischen Versammlung.

In den Festhallen am Märchenbrunnen kam es gestern abend in einer kommunistischen Versammlung, die sich mit den Vorgängen in der Kolonie „Felsen“ befahte, zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Hakenkreuzlern. Nach anfänglichen Beschimpfungen der rechts- und linksradikalen Gegner entstand plötzlich

Rund 16,0 Proz. der Mitglieder können alles in allem nicht soviel zusammenbringen, um den Mietbetrag aufzubringen. Wovon leben diese Menschen? Wovon kleiden sie sich?

Beim Städtischen Wohnungsausschuss der Ortsschaft sind zur Zeit 394 Wohnungsluchende vorgemerkt. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 30 in gekündigteter Wohnung, 48 in unzureichender gesundheitsschädigender Wohnung. Diesem Wohnungselend gefolgt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubaugewohnungen hinzu, 171 Neubaugewohner bewerben sich um Wohnungsausschuss. Man muß in die elendesten Quartiere zurück, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu reiten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietensenkung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,54 Proz. beträgt die Mietensenkung für die berichteten Baugenossenschaft. Wird der Beschluß des Preussischen Landtags vom 18. Dezember zum Schutz des Neubaugewohners Hilfe bringen? Wenn nicht, müssen die gefährdeten Wohnungsunternehmen in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die opfervolle Selbsthilfearbeit von Jahrzehnten wird nutzlos verfallen sein. Auf schnellstem Wege muß dem Ersuchen des Preussischen Landtags an die Staatsregierung um Gewährung von Mietbeihilfen aus der Hauszinssteuer für die sozial bedrängten Inhaber von Neubaugewohnungen Geltung verschafft werden.

Heute, Mittwoch, 27. Januar 1932, vormittags 11 Uhr, findet zum zehnjährigen Todestage der

## Genossin Luise Zietz eine Kranzniederlegung

durch den Bezirksvorstand auf dem Friedhof in Friedrichsfelde statt. — Wir bitten alle Genossinnen u. Genossen, sich daran zu beteiligen. Der Bezirksvorstand.

die Schlägerei, bei der es eine Reihe von Verletzten gab. Drei Verletzte mußten durch Wagen des Städtischen Rettungsdienstes transportiert werden. Die Polizei räumte den Saal in wenigen Minuten und erklärte die Versammlung als aufgelöst. Mehrere Rädelführer wurden festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

## Markenautomaten werden umgebaut.

Die verbilligende Aenderung des Posttariffes hat den Umbau von etwa 12000 Markenautomaten — etwa zwei- bis dreitausend davon befinden sich in Berlin — notwendig gemacht; während der Automat bisher Briefmarken zu 8 und 15 Pfennige und Postkarten zu 8 Pfennige lieferte, wird man in Zukunft gegen Einwurf von 12 Pfennigen (1 Groschen und ein Zweipfennigstück) zwei Briefmarken zu 6 Pfennige oder zwei Postkarten zu 6 Pfennige ziehen können. Ein Teil der Automaten wird die 8-Pfennig-Marke für Direktbriefe weiterführen. Einzelne Marken oder Postkarten gibt es nicht, da sonst der Umbau der Automaten noch komplizierter und kostspieliger wäre.

Wie kompliziert das Innere eines Markenautomaten beschaffen ist, davon kann sich der Laie wohl kaum einen Begriff machen. Da ist erstmal der Münzprüfer, der das eingeworfene Geldstück auf seine Metallsubstanz abtastet, prüft und wiegt und hierbei feststellt, ob der Groschen aus Nickel, aus Zink oder aus Eisen ist. Alles unbrauchbare Geldmaterial weist der Münzprüfer wieder zurück; zur weiteren Kontrolle existiert dann ein Magnet, den jedes Geldstück passieren muß. Der Magnet hält das Geldstück erst mal im Laufe fest, um sodann wieder Spreu vom Weizen zu scheiden.

In kurzer Zeit werden die Umbauten der Automaten begonnen. Wöchentlich dürften 400 bis 500 Automaten geändert sein, wobei Berlin den Vorrang erhält; in einigen Monaten hofft man, sämtliche Umbauten ausgeführt zu haben, eine Arbeit, die erfreulicherweise einer kleinen Anzahl Menschen wieder für kurze Zeit Brot gibt.

## Jugendweihen

### der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften.

Die Lebenskurse für die Frühjahrsjugendweihen haben in dieser Woche begonnen und finden wie nachstehend verzeichnet statt. Anmeldungen werden bis 10. Februar noch in allen Kursen entgegengenommen. (Einschreibegeld 50 Pf.)

**Kriegsgraben:** Schule Waldenferstraße 20/21, Dienstags und Mittwochs 16 bis 18 Uhr (Eingang 240, Schule, 1 Treppe Zimmer 18).

**Wedding:** Schule Vintlicher Straße 4, Montags und Dienstags 16 bis 18 Uhr. — Schule Paul-Eda-Wiesenstraße, Dienstags und Donnerstags 16 bis 18 Uhr. — Schule Göttenburger Straße 8—12, Montags und Donnerstags 16 bis 18 Uhr.

**Prenzlauer Berg:** Driefener Straße 22, Montags und Donnerstags 16 bis 18 Uhr. — Schule Danziger Straße 23, Montags 16 bis 18 Uhr, Dienstags und Mittwochs 16 bis 18 Uhr. — Jugendheim Sonnenburger Straße 20, Zimmer 4, Montags 16 bis 18 Uhr.

**Friedrichshain:** Schule Bromberger Straße 13/14, Dienstags und Mittwochs 16 bis 18 Uhr. — Diefelmeyerstraße 5/6 (Jugendheim), Dienstags, Donnerstags und Freitags 16 bis 18 Uhr.

**Kreuzberg:** Schule Köpenicker Straße 125, Erdgeschoss Montags und Freitags 16 bis 18 Uhr. — Jugendheim Lindenstraße 4, Montags und Dienstags 17 bis 19 Uhr, Mittwochs 16 bis 18 Uhr.

**Charlottenburg:** Jugendheim Spreestraße 30, Dienstags und Donnerstags 16 bis 18 Uhr.

**Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 15, Schwabensandzimmer, Dienstags 16 bis 18 Uhr. — Jugendheim Friedenau (Bühnenzimmer), Offenbacher Straße 5a, Mittwochs 16 bis 18 Uhr.

**Tempelhof-Mariendorf:** Schule Königstraße, Donnerstags 16 bis 18 Uhr.

**Neukölln:** Jugendheim Bergstraße 29, Dienstags, Mittwochs (Di. 2. Febr., Mi. 3. Febr.) und Freitags 16 bis 18 Uhr.

**Treptow:** Schule Bouchestraße 75, Dienstags 16 bis 18 Uhr. — Für Wierschhof Schule Roddestraße 10/11, Mittwochs 14 bis 16 Uhr.

**Köpenick:** Schule Freiheit, Donnerstags 17 bis 19 Uhr.

**Lichtenberg:** Schulen Schlichtallee, Scharnweberstraße und Marxstraße, Donnerstags 17 bis 19 Uhr.

**Pankow:** Schule Neue Schönholzer Straße 10, Donnerstags 16 bis 18 Uhr.

Anmeldungen bis spätestens 10. Februar in allen Kursen.

## Muß das sein?

Ein Leser schreibt uns: Die städtischen Stellen scheinen sich noch nicht darin gefunden zu haben, daß die Not der Zeit manchen Steuerzahler zwingt, auch seinerseits mit seinen Zahlungen im Rückstand zu bleiben. Als Reichsangestellter hat man mir ungefähr ein Drittel meines Gehaltes so nach und nach abgezogen. Statt Vorauszahlungen stottert das Reich in Raten seine Verpflichtungen bei mir ab.

Wesche ich aber die Hundsteuer nur 14 Tage schuldig, so bekomme ich einen sehr unhöflichen Brief unter Androhung von Pfändungen und ähnlichen Scherzen, daß ich binnen drei Tagen zahlen muß, anderenfalls... Dabei könnte sich mein Steueramt eigentlich schon darüber informiert haben, daß das Reich die Bezüge auch nicht am 1. Januar zahlt, sondern in zwei Raten am 15. und am 25. Warum geniete ich nicht auch den Vorkurs, nun stottern zu dürfen?

Noch schlimmer ist es mit der Miete. Ich wohne in einem städtischen Mietshaus und bekomme allmonatlich von der Baugenossenschaft unhöfliche Mahnungen unter Umständen mit Zwangsandrohungen. Man versteht dieses Verhalten nicht. Bisher unterstützte ich, ohne dazu verpflichtet zu sein, drei Angehörige meiner Frau, die sonst den Wohlfahrtsämtern zur Last fallen würden. Ich kann pünktlich bezahlen, aber werde dann diese bisher von mir Unterstützten der Stadt zur Last fallen lassen. Was ist der Stadt dann lieber, wenn ich stottere, oder wenn sie drei Wohlfahrtsunterstützte mehr zu betreuen hat?

Wie mir geht es vielen, vielen Kollegen. Vielleicht genügen diese Zeilen, um die zuständigen Stellen zum Eingreifen zu veranlassen. Wir zahlen — nicht gern —, aber wir zahlen sogar über unsere gesetzlichen Verpflichtungen hinaus, aber wir verlangen auch von der Stadt die heute überall übliche Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse.

## Das heißt Postgebührensenkung.

### Bedenkliche Auswirkungen.

Gleich nachdem die Notverordnung vom 4. Dezember bekannt war, wurden aus allen Bevölkerungskreisen Stimmen laut, die von der Reichspost eine entsprechende Senkung ihrer Gebühren verlangten. Wir alle kennen den Kampf, den Presse und Intellektuelle um die Senkung der einzelnen Gebühren geführt haben.

Was aber am 15. Januar in Kraft getreten ist, bedeutet eine sehr seltsame Lösung des Begriffs „Preisentwertung“. Man ist von der beabsichtigten Druckachternmäßigkeit zugunsten des Briefpostens abgekommen, aber auch hierbei sind nur die Fernbriefe berücksichtigt worden. Die Ortsgebühren für Briefe und Postkarten sind gelassen. Eine richtige Entlastung aber bringt das neue Paketporto. Es sieht auf den ersten Blick sehr bescheidend aus, wenn die Tarife in allen Zonen bei Paketen von 5 Kilogramm um 20 Pf. oder 25 bis 40 Proz. gesenkt werden. Jetzt aber kommt die sophistische Maßnahme: diese Senkung wird durch die Einführung einer neuen Gebühr, der sogenannten Zustellgebühr für Pakete in Höhe von 15 Pf. für jedes zustellende Paket fast vollständig wieder aufgehoben. Der Frachtmehrwert ist ebenfalls aufgehoben worden, was sicherlich zu begrüßen ist. Dafür kommt aber auch gleich wieder eine Bitte. Nicht freigelegte Pakete werden bis zu 5 Kilogramm (und das ist die Mehrzahl) mit einer „Straf“-Gebühr von 10 Pf. belegt, so daß der Zoll tagtäglich passieren dürfte, daß man für ein Paket von 5 Kilogramm auslegt: Porto an sich (A. B. 3. Zone) 60 Pf., Zustellgebühr 15 Pf., Nachgebühr für unzureichende Sendung 10 Pf., macht zusammen 85 Pf. Vor dieser „Preisentwertung“ kostete ein 5-Kilogramm-Paket in der 3. Zone nur 80 Pf. So sieht also bei genauerer Betrachtung die mit viel Tamtam angekündigte Preisentwertung der Reichspost aus. Eine Sonderregelung ist noch für sogenannte Zeitungspakete vorgesehen, die nach dem vereinfachten Verfahren von Selbstbuchern aufgestellt werden. Hier herrscht nach wie vor Frachtmehrwert. Das könnte man verstehen, da es sich hier um Pakete ohne Paketporto handelt, bei denen eine Kontrolle schwer möglich ist. Warum aber die bei gewöhnlichen Paketen bestehende Möglichkeit, die Zustellgebühren vom Empfänger zu erheben, nicht auch bei diesen Zeitungspaketen angewendet wird, ist unbegreiflich. Diese Bestimmung muß abgeändert werden oder sie hat die schwersten Folgen. Die Absender und Empfänger, besonders große Firmen, werden zur Selbsthilfe gezwungen und müssen schließlich alle Pakete von der Post abholen lassen, um die Gebühr zu umgehen. Der kleine Mann aber, der keine Möglichkeiten dazu hat, wird von dieser unsozialen Zustellgebühr hart betroffen.

Wir machen den Herrn Preisentwertungskommissar mit seinen weitgehenden Vollmachten auf diese sonderbare Preisentwertung aufmerksam. Es kann und darf nicht der Sinn der Notverordnung sein, einseitig Lohn und Gehälter zu senken, die Ermäßigung aller Waren und Bedarfsgegenstände aber zu verkauflichen und damit den Konsumenten nochmals zu schwächen.

Wetterausblick für Berlin: Niederschlagsloses Wetter mit zeitweiliger Aufbesserung, am Tage etwas milder bei schwachen westlichen Winden. — Für Deutschland: Im Süden mehr trübe und noch vielfach neblig; im übrigen Reich zeitweilig aufbessernd und etwas milder.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

6. Jahrestagung: Berlin S. 14, Seebuckstr. 37—38, Hof 2 Nr. 19.

Reichs-Ober: Spielplatz, Donnerstag, 28. Januar, 19½ Uhr, Reichsbannerkammer im Hochhausrestaurant „Waldhausplatz“, gegenüber dem Reichsbanneramt, Pflanzweg 10, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).

Freitag, 29. Januar, Jahrestagungsversammlung im Nationalhof, Wilmersdorfer Straße 29, 1. Stockwerk (Reichsbanner).



# Zuhören, Herr Preiskommissar!

## Wie ist's mit einer Preisentung bei Abzahlungsverträgen?

Wir erhalten aus dem Rheinland eine Zuschrift, deren Veröffentlichung in der Reichshauptstadt uns zweckmäßig erscheint, weil es sicher viele Zehntausende ähnlicher Fälle im ganzen Reich gibt. Wir sind durchaus der Auffassung, daß der Preiskommissar bei Abzahlungsverträgen über längere Fristen und größeren Summen den Lieferfirmen bei der Forderung nach einer Preisermäßigung Entgegenkommen empfehlen möchte. Es konnte bei Abschluß des Vertrags nicht vorhergesehen werden, daß von Reichs wegen Einkommensschmälerungen mit der Absicht der Erhaltung der Realtaufkraft diktiert würden. Die Aufrechterhaltung des vertraglichen Preises wirkt sich als ungerechtfertigte Bereicherung des Lieferanten aus, die auch volkswirtschaftlich nicht erwünscht sein kann, da sie die Realtaufkraft der Abzahlungskäufer lenkt. Die Zuschrift lautet:

„Herr Dr. Goerdeler ist ein vielgeplagter Mann. Er will zwar nicht Preisentungskommissar sein, sondern nur für gerechten Preis sorgen, aber was ist das schon für ein Begriff „gerechter Preis“! Vielleicht könnte man sich auf die Formel einigen, daß „gerecht“ ist, wenn die Preise um soviel gesenkt werden, als die Einkommen gesenkt worden sind. Ueberhöhte Preise blieben dann ja verhältnismäßig immer noch bestehen. Wir wollen den Preiskommissar für Preisüberwachung auf ein Gebiet aufmerksam machen, auf dem er sich, bevor er nach Leipzig zurückkehrt, noch nützlich betätigen kann.

Sehr viele Menschen konnten sich einen größeren Gegenstand nur anschaffen, wenn ihnen „Zahlungserleichterung“ gewährt wird. So nennt man ja das Abzahlungsgeschäft. Schildern wir einen Fall, der für Zehntausende gilt: Eine Beamtin kauft sich ein Staubsauger, der für Zehntausende gilt. Eine Beamtin kauft sich ein Staubsauger auf Abzahlung verkauft. Das war im Mai vorigen Jahres. Der Apparat kostete 280 Mk. Zwischen dem Mai und heute sind die Rohstoffpreise erheblich gesunken, die Löhne und Gehälter um mindestens 20 Proz. gesunken worden. Die Beamtin hat die Mieten gesenkt, was bei Elektrolog, der etwa 30 Niederlassungen in Deutschland hat, allerhand ausmacht. Zinsen wurden ermäßigt, Zahlungstermine hinausgeschoben. Kurz: die Reproduktion des verkauften Staubsaugers ist also wesentlich billiger als seine Produktion war. Das Gehalt des Beamten wurde auf Grund von drei deutschen und einer preussischen Verordnung (er wurde infolge der letzteren schlechter eingruppiert) um fast 40 Proz. vermindert. Der Beamte ersuchte die Kölner Niederlassung von Elektrolog um eine zeitgemäße Ermäßigung des Preises für seinen Staubsauger. Antwort: Abgelehnt, weil der Apparat „äußerst“ berechnet sei. Zwei unleserliche Unterschriften und ein Kontrollhaken. Punkt. Der Beamte dachte sich, das könne unmöglich die verantwortliche Meinung eines Wertes von der Bedeutung der Elektrologwerke sein, und begründete eingehend seinen Standpunkt. Eine Antwort erfolgte nicht mehr. Die Elektrologwerke meinen offenbar, es sei gottgesenkt, daß die Wertsteigerung des Geldes für sie bestimmt sei.

Wir haben noch nicht gehört, daß andere Geschäfte anders verfahren, hatten diese Praxis aber nicht für den Zeitverhältnissen entsprechend. Hier ist auch einiges „eingefrorene“ Kapital aufzutauen. Die Schuldner mit vermindertem Einkommen werden viel eher versuchen, entsprechend ermäßigten Verpflichtungen nachzukommen, als wenn der Schuldberg unverändert hoch bleibt und die Familie mit dem Wenigereinkommen ohne Hoffnung, ihn abtragen zu können, dem Berg gegenübersteht.

Die Ostelbier schreien über ihre Schulden und ihnen hilft das Reich. Wir ändern schämen uns unserer Schulden, aber Hilfe haben wir auch bitter nötig.

Herr Preiskommissar, hier ist ein typischer Fall, wo Sie einen „gerechten Preis“, wie ihn die Vierte Rotverordnung sich dachte, schaffen können. Haben Sie zugehört?

## Das konnte nicht anders kommen.

### Die Gastwirtsverbände schreiben an den Preiskommissar. Wegen der Bierpreise.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Bierpreisentung haben jetzt der Deutsche Gastwirtsverband und der Reichsinteressenverband im deutschen Gastwirtsgerber an den Preiskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, ein Schreiben gesandt. Darin erklären die beiden Organisationen, daß sie nach noch-maliger stundenlanger Beratung nicht in der Lage seien, zur Senkung der Ausschankpreise Vorschläge zu machen, die technisch durchführbar seien und vom Gewerbe getragen werden könnten. Das Gastwirtsgerber erkenne die Notwendigkeit einer für den Verbraucher fühlbaren und den Konsum belebenden Preisentung durchaus an, sei aber der Auffassung, daß hierzu die Senkung des Bierpreises um nur 2 Mark für das Hektoliter besonders unter Berücksichtigung der Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Proz. nicht ausreicht. Es sei auch eine gleichzeitige Senkung der überhöhten Biersteuer notwendig.

Es war ein unbegreiflicher Fehler des Preiskommissars, sich bei den Brauereien so zu beschleiden und ungerechtfertigt den Gastwirten die Hauptlast der Preisentung zuzumuten. Die Pfenningrechnung kann und muß der Preiskommissar auch bei den Gastwirten und zwar allgemein durchsehen. Es muß auch eine Angleichung der Ausschankpreise nach unten und die Verringerung der teilweise enormen Preisdifferenzen angestrebt werden. Die entscheidende Voraussetzung für eine allgemeine fühlbarere Bierpreisentung bleibt aber auch jetzt die Senkung der Brauereipreise um mindestens 5 statt nur 2 Mark. Mit der Differenzengangleichung und der strengen Durchführung der Pfenningrechnung beim Ausschank ist auch dann noch eine fühlbare Verbilligung möglich.

## Um 1 Milliarde entlastet.

### Die Reichsbank in der dritten Januarwoche.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Januar hat sich die Rückzahlung von Reichsbankkrediten kräftig fortgesetzt. Die Wechselbestände gingen um 180,7 auf 3406,9, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 16,5 auf 6,9 und die Lombarddarlehen um 5,4 auf 103,1 Millionen Mark zurück. Die ersten drei Januarwochen haben bisher eine Gesamterlöschung der Reichsbank von über einer Milliarde Mark gebracht, sehr erheblich mehr, als die Reichsbank zum Jahresende in Anspruch genommen worden ist. Die von uns hervorgehobene relativ starke Flüssigkeit des Geldmarktes zeigt sich auch hier. Freilich werden heute relativ wenig Gelder angelegt, das Stillhalteabkommen wirkt sich innerhalb Deutschlands durch Mobilisierung gewisser Kredite aus, so daß es anormale Vorgänge sind, die die jetzige Geldmarktlage in erster Linie erklären. Das Konto der fremden Gelder zeigt mit 370,7 Millionen eine Abnahme um 13,6 Millionen Mark.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung ging der Notenumlauf um 183,6 auf 4198,0 Millionen zurück. Der Umlauf an Rentenscheinen verringerte sich um 6,3 auf 405,9 Millionen. Bei den Gold- und Devisenbeständen liegt immer noch kein voller Ausgleich vor. Die Goldbestände verringerten sich weiter um 9,8 auf 956,4 Millionen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen gingen um 3,6 auf 151,3 Millionen zurück. Die Notendekung hat sich auf 26,4 gegen 25,6 Proz. in der Vorwoche verbessert.

## Autarkie und Kreditreform.

### Herr Tiburtius sollte sich etwas genauer informieren.

Zur Frage der Autarkie und Kreditreform machten auf der Geschäftsführertagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels der Preiskommissar Goerdeler und der Hauptgemeinschaftsvorstand Dr. Tiburtius einige Bemerkungen. Goerdeler meinte, der Sprung auf eine andere Preisbasis sei der Erfolg für eine Währungsentswertung, die wir uns nicht leisten könnten. Gegenüber den Bestrebungen zur Autarkie (nationale Selbstgenügsamkeit) müsse gesagt werden, daß für Industrieländer eine Autarkie einen starken Rückgang der Lebenshaltung zur Folge haben müsse. Dr. Tiburtius streifte die auch im „Vorwärts“ behandelte Bank- und Kreditreform Professor Wagemanns und meinte, daß Wagemanns Projekte in der Beschaffung von Konsumentengeld für Noten zweiter Klasse nach Art und Dedung gefährliche Tendenzen einer Preissteigerung enthalten. Wir glauben Dr. Tiburtius empfehlen zu müssen, das Projekt gründlicher zu studieren, bevor er eine so verhängnisvolle und gefährliche Keuherung tut. Er wird dann nämlich finden, daß die sogenannten kleinen Noten jederzeit in große umgetauscht werden können, wodurch jede Gefahr einer verschleierten Bewertung der kleinen und großen Noten und damit auch einer Preissteigerung ausgeschlossen ist.

## Die Verluste der Damag.

### Lebhafte Diskussion auf der Generalversammlung.

Auf der Generalversammlung der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik A.-G. (Damag-Reguin) kam es wegen der beantragten Herabsetzung des Aktienkapitals von 12 auf 6 Millionen zu einer lebhaften Diskussion. Von mehreren Aktionären wurden besonders die hohen Betriebs- und Verwaltungskosten beanstandet.

Die verschiedenen Anfragen beantwortete der Leiter des Unternehmens, Direktor Peiser, ausführlich. Zu der Frage der Kosten erklärte Peiser, daß die starke Differenz gegenüber dem Vorjahr darauf zurückzuführen sei, daß man damals nur die Verwaltungs- und Betriebskosten ausgewiesen habe, während diesmal aber auch die Betriebskosten mit eingerechnet worden waren. Die 6 Millionen Mark Buchgewinn, die man aus der Zusammenlegung des Aktienkapitals von 12 auf 6 Millionen erzielen würde, würden mit 4 Millionen zu Abschreibungen auf große Forderungen verwendet. Die Verluste aus nicht eingegangenen Zahlungen für Hüttenwerksanlagen der Lena-Goldfields in Rußland und für Bergwerksmaschinen des oberdeutschen Blei-Konzerns sowie andere Zahlungsausfälle beliefen sich auf 2½ Millionen Mark. Weitere Abschreibungen seien auf stillgelegte Reguin-Betriebe notwendig und etwa 2 Millionen Abschreibungen müßten als notwendige Wertberichtigungen vorgenommen werden.

Der Umsatz im letzten Jahr sei von 45 auf 36 Millionen Mark gesunken. Bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 1931/32 (Juni/Juli) sei ein Auftragsbestand von 20 Millionen vorhanden gewesen und der jetzt noch vorhandene Auftragsbestand habe einen Wert von etwa 16 Millionen Mark. Die Umsätze vom Juli bis Dezember betragen etwa 10 Millionen Mark.

## Zementbilanz 1931.

### Nur noch 30 Prozent der Leistungsfähigkeit ausgenutzt.

In der jetzt vom Deutschen Zementbund veröffentlichten Jahresübersicht ist 1931 der Zementabsatz bis auf 3,7 Mill. Tonn. heruntergedrückt worden. Im vorhergehenden Jahr wurde noch ein Gesamtabsatz von 5,5 Mill. Tonn. erzielt, der aber bereits erheblich unter dem Stande des Jahres 1929 lag, in welchem bei einem Absatz von rund 7 Mill. Tonn. die Umsätze des letzten Vorkriegsjahres erstmalig übertroffen wurden.

Auch im Export konnte für den gänzlich verfallenden Inlandmarkt kein Ausgleich geschaffen werden. Vom Januar bis November gingen die Ausfuhrmengen von 0,90 auf 0,54 Mill. Tonn. zurück und der jetzt ausstichlos gewordene Konkurrenzkampf gegen das englische Valutadumping auf dem holländischen Markt läßt zusammen mit den übrigen Exporterschwernissen die Situation im laufenden Jahr noch schwieriger erscheinen.

Im Zusammenhang mit dem nahezu völligen Absterben der deutschen Bauwirtschaft hat sich auch die Lage in der Zementindustrie im letzten Vierteljahr 1931 sprunghaft verschlechtert. Während im ganzen Jahr 1931 der Umsatz gegen 1930 um rund 33 Proz. und gegen 1929 um rund 47 Proz. zurückgegangen ist, hat sich die Umsatzenkung von Oktober bis Dezember 1931 gegenüber den gleichen Zeitabschnitten der beiden Vorjahre auf 40 bzw. sogar 60 Proz. gesteigert.

Die Diskontovereinigung des kreditgebenden Einzelhandels hat die Auslösung des Unternehmens beschlossen, das der Konsumfinanzierung dienen sollte. Die Zahl der Mitglieder war 1931 von 287 auf 105 zurückgegangen, die Umsätze von 20,5 auf etwa 6 Millionen Mark. Es sind nicht unerhebliche Verluste entstanden, die zum großen Teil durch Versicherung gedeckt waren.

# Was wird mit den Werksparcassen?

## Diese vorfinanzistische Einrichtung muß gesetzlich abgebaut werden.

Die Werksparcassen bei Borzig mit 3 Millionen Einlagen und im Nordvolkskonzern mit 1 Million Einlagen kamen in der letzten Zeit in Gefahr. Das sind nur die größten und ernstesten Fälle. Was soll geschehen?

Aus der „paternalistischen“ Vergangenheit des Kapitalismus ragt eine Einrichtung in unsere Zeit hinein, die abbruchreif ist. Das sind die Werksparcassen. Der Gedanke der Werksparcassen stammt aus einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung noch in den Kinderstufen steckte und die Unternehmer noch hoffen konnten, die Arbeiter durch sogenannte Wohlfahrtsvereine an ihre Betriebe zu ketten und sie vor rebellischen Gedanken zu bewahren. Auch heute spielt noch immer der Gedanke mit, die Arbeiter und Angestellten stärker an den Betrieb zu fesseln. Auch die Art der Vergütung, besonders die manchmal übliche Ausschüttung von Prämien dient diesem Zweck. Aber der Hauptzweck ist heute das Bestreben, sich durch Spareinlagen der Belegschaft auf verhältnismäßig einfachem, billigem und sicherem Weg Betriebs- oder Anlagekapital zu beschaffen.

### In der Verwendung der Gelder zu Betriebszwecken liegt eine große Gefahr.

Von jeder Spareinrichtung ist zu verlangen, daß sie ihren Einlegern das höchstmögliche Maß von Sicherheit und Greifbarkeit gewährleistet. Das ist bei den öffentlichen Sparcassen ohne weiteres der Fall. Für ihre Einlagen haften die Kommunen mit ihrer ganzen Steuerkraft. Darüber hinaus werden ihnen genaue Vorschriften für die Anlage der Gelder gemacht. Ebenso steht z. B. hinter der gemeinwirtschaftlichen Arbeiterbank die in ihrer Zusammenfassung außerordentlich finanzstarke Arbeiterbewegung, und überdies ist die Anlagepolitik der Arbeiterbank geradezu musterhaft, wie sich in dieser Krise immer wieder gezeigt hat. Und schließlich steht hinter den Sparabteilungen der Konsumgenossenschaften die mächtige und innerlich völlig gesunde Konsumvereinsbewegung. Solche Spareinlagen werden von den Krisen im allgemeinen wenig gefährdet.

Die Werksparcassen hingegen sind ausschließlich auf ein einziges Unternehmen gestellt. Ihre Einlagen stecken — in der Regel praktisch unloslich — im Unternehmen. Es gibt für sie keine Anlagenvorschriften. Sie sind nicht besser geschützt als andere ungeschützte Gläubigerforderungen. Sie geraten sofort in die größte Gefahr, wenn das Unternehmen selbst in Schwierigkeiten kommt. Bekannte Beispiele aus der letzten Zeit sind die Fälle Nordwolle mit 1 Million und Borzig mit 3 Millionen Spareinlagen. Und das Tragische in solchen Fällen ist, daß die vom Zusammenbruch des Unternehmens betroffenen Arbeiter meist nicht nur ihre Arbeitsstätte, sondern auch noch die Notpfennige verlieren, die ihnen über die bitterste Not hinweghelfen könnten.

Es kann also keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß die Werksparcassen keine vernünftige Einrichtung sind und heute keine Existenzberechtigung mehr haben.

In einer Zeit, in der die stärkste Kontrolle der gesamten Kreditwirtschaft durch den Staat das Gebot der Stunde ist, ist eine Spareinrichtung unsinnig, die die mühevoll gesammelten Sparreserven gerade der ärmsten Schichten jeglicher Kontrolle entzieht und vom Schicksal einzelner Unternehmen abhängig macht. Aber es gilt doch eins zu bedenken.

So berechtigt und notwendig unsere Forderung nach Beseitigung der Werksparcassen ist, es wäre gefährlich auch für die Sparer selbst, sofort die Gelder zurückzugeben. Denn wenn heute, in einer Zeit der schwersten Kreditklemme alle Unternehmungen gezwungen würden, ihre Werksparcassen sofort aufzulösen und sämtliche Einlagen zurückzugeben, so würden viele der Unternehmungen selbst gefährdet werden können. Denn es dürfte heute nahezu unmöglich sein, für diese Gelder, wenn sie im Betrieb als Teil des Betriebskapitals arbeiten, Ersatz zu finden. An einer Betriebsgefährdung hat der Arbeiter und Angestellte, wenn er Sparer ist, wahrlich kein Interesse. Wichtig und nützlich ist schon, daß sich die Betriebsvertretung der Belegschaften um die Anlage und Sicherheit der Werksparcassengelder kümmern und sich äußern lassen. Auch gegen eine Ueberleitung der Werksparcassen auf die öffentlichen Sparcassen, von der hier und da die Rede ist, sprechen ernste Bedenken. Die Sparcassen würden ja nicht nur die Guthaben übernehmen, sondern als Gegenposten Forderungen auf Werksanlagen, die den Sparcassen wesenfremd sind und bleiben müssen.

Der Abbau der Werksparcassen sollte zwar unverzüglich in Angriff genommen, die Abwicklung aber nur allmählich durchgeführt werden.

Das Zweckmäßigste wäre wohl, daß den Werksparcassen die Annahme neuer Spareinlagen sofort und für alle Zukunft durch Gesetz untersagt wird. Es müßten ferner Fristen gesetzt werden für die allmähliche Umwandlung der Forderungen der Werksparcassen in Geld, und schließlich sollte die etappenweise Rückzahlung der Spareinlagen vorgeschrieben werden.

Die dringendste und am schnellsten durchführbare Forderung wäre die Umgestaltung der Organisation der Werksparcassen. Die Werksparcassen müssen sofort aus dem übrigen Betriebsvermögen herausgelöst, juristisch vom Unternehmen vollständig getrennt und zu genauer Bilanzierung gezwungen werden. Ebenso müssen an der Verwaltung und Kontrolle der Werksparcassen, solange sie noch da sind, die Belegschaften beteiligt werden, aus deren Mitte ja die Spargelder stammen.

Der Bankenkommisssar hat kürzlich die Werksparcassen den Zinsvereinbarungen, die kürzlich unter seiner Führung zwischen den Bankorganisationen abgeschlossen wurden, zwangsweise angeschlossen. Aber diese Maßnahme genügt natürlich in keiner Richtung. Es sind eine grundlegende Reform und später der Abbau nötig. Nur wenn schleunigst die von uns geforderten Maßnahmen ergriffen werden, wird dieses vielfach sehr trübe Kapitel längst überlebter Unternehmerpolitik geschlossen und die auch im Interesse der Währung und des Kreditwesens notwendige Beruhigung unter den Werksparcassen wiederkehren.

„Geld- und Kreditreform als Weg aus der Krise“ ist das Thema eines Vortrags, den Professor Wagemann, der Verfasser des jetzt vorgelegten Planes zur Bank- und Kreditreform, am Montag, dem 1. Februar, 8 Uhr abends, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, halten wird. Veranstalter ist die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft (Berlin W. 35, Potsdamer Str. 103 a).

Die Gläubigerversammlungen, die sich mit der Zahlungsunfähigkeit der Borzig-Werke zu beschäftigen haben, finden am 28. Januar, am 2. Februar und 11. Februar in Legel statt. Die neuen Bilanzziffern werden bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

jetzt 90 u. 45 Pf. Hier wirkt **Wobmed** Es macht unempfindlicher gegen Erkältung!



# Kurune: Hoch der Retter!

Borsichtig bog ein Mann um die Ecke. Er trug eine alte Akten- tasche unter dem Arm. Man hätte ihn für einen soliden Arbeiter halten können, der von der Nachsicht kommt. Franz Kerr aber hatte seinen einen Ohrnadelnaden befestigt. In der Aktenmappe be- fanden sich Einbruchswerkzeuge und erbeutete Uhren, Ringe, keine außergewöhnlichen Sachen — dann wären wohl auch die Hindernisse schwieriger, vielleicht unüberwindlich gewesen. Immerhin hatte dieser zweite Einbruch gelohnt. In einem Geschäft im Park, der in der Nähe lag, hatte er sein Fahrrad angefertigt und verpackt. Es war nicht mehr weit bis dorthin. Wenn er erst auf dem Rade saß, konnte er in einer halben Stunde bei Paddo, dem Hahler, sein und die Ware verschärfen. Dann wollte er sich erst mal Tabak kaufen. Und vom Budiker eine Pulle Rum und ein paar „Buletten“ mitnehmen. Er wohnte in einer Laube. Franz Kerr schritt schneller aus. Eine Wärme fuhr durch seine Glieder, als hätte er bereits ein paar Gläser Rum getrunken. In der Aktenmappe lagte der Wacker, den er für eigenen Gebrauch gnädigst hatte mitgehen lassen, wie das böse Ge- wissen. „Dummes Leder!“ murmelte Franz, „moch nicht so'n Krach!“

Er hatte nur noch über die Brücke zu gehen und dann links in den Park abzubiegen. Dort lag sein Rad. Aber vor Franz, als er die Brücke überquerte, ließ sich plötzlich ein Mädchen vom Geländer in den Kanal fallen. Franz bekam einen Schreck, als hätte ihn ein Schupo gestellt und ihm die Hand auf die Schulter gelegt: „Sie sind verhaftet!“

Sein erster Gedanke war: „Mensch, lauf fort!“ Aber dann dachte er sich doch über das Geländer und sah hinunter. „Soll ich ...? Soll ich nicht?“ zauderte er in blühschnellen Betrachtungen.

„Soll ich? Soll ich nicht?“ So hatte er auch vor dem Ohr- nadelnaden geschwankt.

Und im Kanal gluckte und gurgelte das Wasser, das Mädchen war untergegangen und wieder hochgerissen worden, es schrie nicht, schlug aber mit den Armen, und einmal sah Franz im Scheln der Brückenlaternen ihr blaßes Gesicht zum Himmel gerichtet.

In diesem Augenblick ließ er die Tasche fallen. Franz sprang ins Wasser, um einen Menschen zu retten. Er bekam das Mädchen zu packen. „Ran schnell,“ dachte er. „Raus aus der dreckigen Lunte!“

Er hatte gar nicht bemerkt, daß sich inzwischen auf der Brücke Passanten angeammelt hatten. Erst als es aufmunternde Zurufe von oben gab, stellte er es mit Schrecken fest. Auch der Tschako eines Schupos tauchte da oben auf.

Franz wäre jetzt gern untergetaucht, wie ein Fisch, auf den ein Vogel Jagd macht, aber von der Leitertreppe streckten sich ihm schon viele hilfreiche Hände entgegen und ein paar Stimmen riefen begeistert: „Hoch der Retter!“ Franz wurde mehr getragen, gezogen, geschüttelt, als er ging. Ein Sanitäter aus irgendeiner Sportorgani- sation, der sich zufällig in der Menge befand, nahm sich sofort des Mädchens an, das bereits die Augen aufschlug. Ein Tagi brachte die Lebensmilde zur nächsten Rettungsstelle.

Der Schupo aber hielt Kerrs Tasche in der Hand. Franz wurde bei diesem Anblick übel. Doch der Schupo schüttelte ihm herzlich die Hand. „Sie haben ein gutes Werk getan! Wie heißen Sie? Sie haben sich die Rettungsmedaille verdient!“

Franz winkte erschrocken ab. „Machen Sie nur kein Aufhebens davon. So was kann alle Tage vorkommen. Ich hab' ja nichts anderes zu tun. Und wenn man arbeitslos ist, ist es ziemlich egal, ob man hier oben herumläuft oder dort unten schwimmt.“

Die Umstehenden mischten sich lebhaft ein. „Sie haben eine Belohnung verdient. Es wäre falsche Be- scheidenheit, wenn Sie von vornherein auf eine Belohnung ver- zichten wollten.“

„Hoch der Retter!“ riefen ein paar Leute, die hinzugegetreten waren und von anderen Aufklärung über diese Ansammlung erhalten hatten.

Franz stand verlegen und am ganzen Leibe zitternd in der Menge. „Sie brauchen trockene Sachen. Kommen Sie mit zum nächsten Kewier. Es sind fünf Minuten!“

„Danke!“ sagte Franz. „Danke! Ich komme schon so nach Hause. Ich wohne gar nicht weit.“

Jemand lud Franz in das nächste Lokal zu ein paar Schnäpffen. „Das könnte man machen!“ nahm Franz aufatmend die Ein- ladung an.

„Na, wie Sie wollen!“ sagte der Schupo und hielt die Tasche hoch. „Die gehört wohl Ihnen, was?“

„Ja!“ sagte Franz. Er sagte es so undeutlich, daß man aus seiner Antwort auch ein „Nein!“ hätte heraushören können. Als

Franz die Tasche endlich im Arm hielt, begann innen der Wacker loszurasseln.

„Ranu?“ sagte der Schupo. „Mein Wacker ist wohl verrückt geworden!“ lachte Franz. „Sch- nehm' ihn immer zur Nachsicht mit. Wegen der Parze, ver- stehen Sie?“

„Ich denke, Sie sind arbeitslos, Sie haben es doch vorher so erzählt?“ Der Schupo sah Franz plötzlich mit anderen Augen an. „Hab' ich Ihnen erzählt?“ fragte Franz. „Da war ich wohl noch ein bißchen bösig vom kalten Bade. Aber das stimmt auch. Die Nachsicht ist auch nur Gelegenheitsarbeit.“

Der Rechenkreis um Franz und den Schupo wurde trotz der späten Stunde immer größer.

„Sehen Sie nicht!“ rief ein Herr mit einer Brille dem Schupo zu. „Der Mann muß andere Sachen bekommen. Er host sich hier noch eine Lungenentzündung dafür, daß er einen Menschen aus dem Wasser gezogen hat!“

„Was eigentlich Ihre Pflicht gewesen wäre!“ sagte ein anderer hinzu. „Wozu haben Sie Nachdienst? Wozu bekommen Sie Ihr Gehalt? Rauhher tunisieren Sie noch den Mann, der für Sie ins Wasser gehopft ist?“

„Hoch der Retter!“ riefen einige dazwischen.

Der Schupo, etwas verärgert durch die letzten Äußerungen, drehte sich nach den Rufern um und es schien fast, als wollte er hier „Demonstrationen“ verbieten, dann fiel ihm wohl wieder ein, um was es sich hier handelte.

„Na, gute Erholung!“ sagte er zu Franz und legte die Hand grüßend an den Tschako.

Franz ging davon. Nicht zu langsam, nicht zu schnell, in kluger Vorsicht, während er doch am liebsten losgerannt wäre. Er hörte immer noch die Stimmen auf der Brücke. Sein Schritt wurde leichter. Er lachte.

Aber wie als Antwort auf dieses Lachen erscholl plötzlich eine laute bekannte Stimme, die Stimme des Schupos: „Halt! Warten Sie noch! Halt!“ Den guten Leuten auf der Brücke war nämlich etwas eingefallen. „Wir hätten für den armen, tapferen Kerl wenigstens sammeln können!“ sagte jemand.

„Los!“ ermunterte ein anderer. Geld flog in den Tschako des Schupos.

„Halt! Warten Sie noch! Halt!“ schrien einige in die Rich- tung, in der Franz eben davongegangen war. Man hielt ein Taxi an und fuhr ihm nach. Erreichte ihn.

Und jetzt beging Franz eine Dummheit. Er rannte wie ein Irrsinniger davon. Eine Viertelstunde lang hatte er den beschei- denen Retter glänzend gespielt, jetzt benahm er sich plötzlich wie ein Diebsteiner. Er rannte davon.

„Da stimmt etwas nicht!“ sagte der Schupo, dem auch vorher nicht alles ganz klar geworden war. Das Auto lief schneller als Franz. Der Schupo holte ihn ein. „Warum sind Sie denn fort- gelaufen?“ fragte er den Keuchenden. „So weit geht Ihre Be- scheidenheit denn doch nicht, wie?“

Die anderen Leute, die noch im Auto saßen, nahmen jetzt energisch für Franz Partei. „Es ist unerhört! Hat der Mann einen Menschen totgeschlagen oder einen Menschen gerettet?“

„Und jetzt hat er bestimmt eine Lungenentzündung weg!“ kon- statierte der Herr mit der Brille.

„Bittel!“ sagte der Schupo, sein Gesicht war jetzt sehr dienstlich. „Steigen Sie in die Tasse, Herr ... Herr ...“

„Kerr!“ flüsterte der Lebensretter.

„Herr Kerr! Sie kommen mit zur Wache. Dort können Sie Ihre Kleider trocknen. Dort können wir Ihre Personalien auf- nehmen. Dort können Sie auch für die Rettungsmedaille vorgemerkt werden.“

„Er hätte schon längst im Bett liegen und eine heiße Zitrone trinken müssen!“ meinte der Herr mit der Brille.

„Schon längst!“ dachte Franz.

Dann stieg er, weil ihm nichts anderes übrig blieb, in das Auto. „Hallo! Vergessen Sie die Tasche nicht!“ demerte der Schupo. Sein Gesicht wurde immer dienstlicher.

„Schön. Auch das!“ dachte Franz und nahm die Tasche auf, die er vorlässig hatte „vergesen“ wollen.

„Und das Geld, das wir gesammelt haben?“ fragte jemand, ehe das Auto abfuhr.

Ran, das Geld war unbestritten Franz' Eigentum. Das nahm man ihm nicht auf der Wache ab. Davon konnte er sich später im Gefängnis Tabak, Bräutig und Marmelade kaufen.

der beste ist,“ flüsterte meine Frau. „Hier sind drei Waggelkollen. Bublo macht die Wäsche rein — Bublo macht die Wäsche fein — Wer kann ohne Bublo sein? — Was hälst du davon?“

Ausgezeichnet,“ stimmte ich zu. „Du brauchst nur noch „Halle- lujah“ am Ende hinzuzufügen und hast einen ausgezeichneten Rigger- song. Aber was mir not tut, ist eine neue Variation der Buch- staben des Wortes „Schindler“. Ich habe bis jetzt nur 37 zu- sammengenommen.“

Doch wir hatten bereits unsere Kräfte erschöpft. Die Suche nach neuen Buchstabenzusammenstellungen löstet wie ein Alpdruck auf mir. Sobald mein Auge auf gedruckte Buchstaben fiel, rüttelte ich sie ganz von selbst durcheinander. Ich erlappte mich dabei, daß ich in den Zeitungen Meldungen über Manchina und Japurja las, und im Gasthaus bestellte ich so exotische Speisen wie Steefbeat mit gefrateten Kartoffeln und andere.

Als es immer schlimmer wurde, schickte mich meine Frau ins Bett und holte den Arzt. Der Arzt verschrieb mir vollständige Ruhe und einfache einseitige Nahrung. „Es ist bloß Ueberanstrengung durch Teilnahme an diesen Wettbewerben,“ sagte er. „Sie haben einen geistigen Muskelkrampf. Halten Sie alle Lausprediger und Zeitungen von sich fern und Sie werden wieder gesund werden!“

Ich hielt mich genauestens an die ärztlichen Vorschriften und erholte mich tatsächlich. Aber es war eine ernste Lehre für mich gemein, und ich hütelte mich vor den Radiowettbewerben. Nur manchmal reißt mich noch mein alter Kampfgeist fort, und ich zähle die Punkte in meinem Kreise zusammen oder stelle zerschnittene Porträts von Washington oder Hoover zusammen. Manchmal winkt ein Klavier oder ein 5teiliges Teeservice als Siegespreis. Ich habe bis jetzt noch kein Klavier und auch kein 5teiliges Teeservice gewonnen, aber ich werde stets mit ehrenvollen Erwähnungen in der Gewinnerliste bedacht. Einmal wurde mir sogar ein dritter Preis zugebacht. Er besteht aus einem herrlich ausgestatteten Diplom — in grünem und schwarzem Druck mit einem purpurroten Siegel — und berechtigt den Inhaber bei Einkauf eines Klaviers zu einem Preisnachlaß von 25 Dollar. Wer Lust hat, kann es in meinem Trophäenzimmer besichtigen. (Autorisierte Uebersetzung von Leo Korian.)

## Erna Büfing: Ramadan

Mindestens 350 Millionen Moslems fasten zur Zeit. Ob sie in einer Lehnhütte wohnen oder in einem Palast, ob sie in einer Groß- stadt zusammengepackt leben oder aus dem Himmelzelt als Decke über sich haben, sie halten ihn heilig — den Monat Ramadan. Sie fasten von der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang. Das be- rechnet man, z. B. für Deutschland in diesem Jahre von 6 Uhr bis ein Viertel nach 10 Uhr. Da der Mondmonat Ramadan 30 oder 29 Tage hat, jedes Jahr aber elf Tage früher beginnt als das Sonnenjahr, fällt er im Verlaufe von 30 Jahren in alle vier Jahres- zeiten.

Wie jedoch kommt es, daß noch heute selbst sehr aufgeklärte Moslems innerlich so bereit sind, Mohammeds Gebot mit lebendigem Geist zu erfüllen? Der Grund ist darin zu suchen, daß der Islam nicht nur Religion, sondern auch Staat, Gesetz und Kultur ist. Als Mohammed auf Erden wirkte, war sein Volk nahe daran, an der Bluttrache zugrunde zu gehen. Der tägliche Ueberfall auf Wohl- genossen war zur Selbstverständlichkeit geworden. Wer vor seine Haustür oder in seinen Garten ging, war geschäftliche Angelegen- heiten besorgte, mußte gewärtig sein, der Bluttrache zum Opfer zu fallen. Da trat Mohammed, dieser erdrundernde, stark diesseitige Mensch, mit den Lehren der Demokratie hervor. Er predigte das Gemeinschaftsgefühl, er erschick religiöse Gebote, die es fest verankerten. Und es ist grundfalsch, Mohammed nur als Religionsstifter zu be- trachten; denn er war ein Staatsmann. Er schuf, bei bewusster Ausrichtung des Rasse- und Rassengedankens, allein auf den Islam gegründet, ein Reich. Genau wie das Christentum heidnische Sitten bestrafen ließ, ging Mohammed nicht achlos an den ein- gewurzeltsten Gebräuchen seines Volkes vorüber. So übernahm er den Monat Ramadan, der bereits in vorislamischer Zeit zum Monat des Burgfriedens bestimmt war. Hieß es doch schon damals: „Wenn Dich einer belästigt, so sage ihm „Ich faste“. Und es wurden auch tatsächlich alle Stammesfehden aufgehoben oder verschoben und die besten Gelegenheiten zur Bluttrache unbenutzt gelassen.

Mohammed aber mußte sein Volk zur Gemeinschaft erziehen, er mußte, es ist gut, wenn der Reiche weiß, wie dem Armen der Hunger tut, und darum erhob er das Fasten zur religiösen Pflicht. Sie braucht freilich nur dann ausgeübt zu werden, wenn ihre Er- füllung möglich ist. So entbinden Krankheit, Reise und Schwanger- schaft von der Pflicht des Fastens. Ebenso soll der Jugendliche nicht fasten und der Moslem fastet meistens das erste Mal in seinem 18. Lebensjahre. Während des Fastenmonats soll man sich aber auch aller bösen Worte enthalten. Ferner ist der Monat Ramadan — bei ihrer eigensinnigen Ausprache des arabischen Alphabets nennen die Türken ihn Ramaſan — der Monat der Wohlthätigkeit und der sozialen Fürsorge. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden, dafür zu sorgen, daß in seiner Nachbarschaft keiner hungert und über das Notwendigste hinaus sogar noch etwas Warmes zu essen hat.

Bis der allabendliche Kanonenschuß das Ende des Fastens an- kündigt, darf der Moslem weder essen noch trinken noch rauchen. Dann aber steht der Tisch gedeckt und die selbsthergestellten Frucht- säfte und Vogelmilch, Getränke, die sich auch der Arme leisten kann, spielen eine große Rolle. Die Moscheen bleiben bis zum Morgen- dämmern geöffnet und nach dem Abendbrot kann der einzelne freiwillige Gebete verrichten, die eine ausgezeichnete rhythmische Be- wegung des ganzen Körpers bedeuten und dem ermüdeten Magen die Verdauungsarbeit erleichtern. Das wirkliche Leben beginnt im Monat Ramadan erst nachts. Die Kaffeehäuser machen die besten Geschäfte des ganzen Jahres, alle Verkaufsstände sind geöffnet und das Volk ergötzt sich an den Schattenspielen des Kara Gäs (Schwarzes Auge). Die Märchen- und andere Erzähler berichten vom großen Soladin, den Kreuzfahrern und Kalef Sadah, der die Kreuzfahrer schlug.

Und was das Beste von all' dem Schönen ist, die Kinder dürfen des Nachts ausbleiben. Die Ueberrollen aber straffen Fesseln der islamischen Erziehung sind gelockert. In Herden durchziehen die Kinder die Straßen und begeistern von den lebendigen Krieger- zählungen aus grauer Vorzeit erproben sie praktisch den eigenen Heldennut und liefern sich mit Nachbarsjungen regelrechte Schlachten. Darum kommen die Jungens sehr oft — die Eltern enthalten sich ja aller bösen Worte — heillos verkrampft und mit Beulen verziert nach Hause im wunderbaren Burgfriedensmonat Ramadan.

Wo bleiben die Eisberge? Im Nordatlantischen Ozean gab es im vergangenen Jahre keine Eisberge. Ein Ausbleiben ist für die Schifffahrt natürlich sehr erfreulich, aber nun sind die Naturwissens- schaftler darüber in Verlegenheit geraten, denn sie haben noch keine Erklärung dafür gefunden.

Amerikanische Lynchjustiz. Seit 1889 sind in den Vereinigten Staaten insgesamt 3693 Regier durch Lynchjustiz ermordet worden; das sind im Durchschnitt 115 Fälle jährlich. In den letzten sechs Jahren ist allerdings die Zahl der Böbelmorde auf durchschnittlich 16 jährlich zurückgegangen.

# Weare Holbrook: Buchstabenkoller

Am Restaurant machte mich meine Frau auf einen Mann am Nebentisch aufmerksam. „Sieh nur, ist er nicht der vollkommene Bohemien?“ fragte sie mich. „Sicherlich ein Künstler!“

Es war ein junger Mann in einer Samthose und mit wehen- der Künstlerfelle. Die interessante Blässe seines Gesichts stand in eigenartigem Gegensatz zu seinem leichschwarzen langen Haar. „Schau nur, er schreibt etwas nieder,“ murmelte meine Frau. „Er ist be- stimmt ein Dichter.“

Ich betrachtete erneut den Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit. Er hatte Papier und Bleistift hervorgezogen und schrieb wütend darauf los. Dann hielt er für einen Augenblick inne, fuhr sich mit der Hand über die Augen und starrte auf die vor ihm stehende Flasche mit Sappenzwänge. Schließend zerschnitterte er mit einem unterdrück- ten Aufschrei der Wut das Papier, warf es weg, nahm seinen breit- krempigen Hut und eilte von dannen.

Kaum hatte er sich entfernt, als meine Frau das zerschnittene Blatt Papier vom Boden aufhob und glättete. Es trug folgende Inschrift: Zug — Flug — Keule — Linse — Önu — Leu — Ull.“

„Das ergibt keinen Sinn,“ bemerkte ich. „Das muß Yrifi sein.“ Aber die Augen meiner Frau wanderten suchend durch den Raum und blieben schließlich an der Flasche Sappenzwänge haften. „Gunde!“ rief sie triumphierend aus.

„Wie?“

„Gunde Sappenzwänge! Weißt du denn nicht? Sie geben demjenigen einen Preis von 50 000 Dollar, der die meisten Wörter aus den Buchstaben in dem Namen Gunde bildet!“

„Ja, aber warum denn?“

„Darüber brauchst du dir nicht den Kopf zu zerbrechen. Bemühe dich lieber, die 50 000 Dollar zu gewinnen!“

Dies war, geneigter Leser, der Anfang meines Zusammenbruchs. Auf dem Heimweg brachte ich allerlei seltsame Reklame hinter meinem Krugknopf hervor. Mein Nachbar in der Untergrund- bahn legte sich weg von mir; er argwöhnte, daß ich ein wenig um den Verstand gekommen sei. Aber ich versuchte bloß, ein neues

Wort zu erfinden, das zur Wehrung des Ruhmes der Sappenzwänge Gländes beitragen sollte.

Indem wir die einzigen Buchstaben auf kleine Stüchchen Papier schrieben und diese tüchtig durcheinanderschüttelten, gelang es uns, ein Duzend wortähnlicher Variationen über das Thema Glunde zu schaffen. Die meisten schienen mir der Bahnsprache entnommen zu sein; aber meine Frau behauptete, daß sie mittelhochdeutschen Ursprungs seien.

Bald aber wandten wir uns anderen Zielen zu. Die Aufregung des großen Schindler-Schupo-Wettbewerbs ließ uns Gländes Sappenzwänge vergessen. Wir vernahmen die Einzelheiten aus unserem Lausprediger, aus dem sie zwischen zwei Bruchstücken aus Tristan und Isolde“ heroorfiderten. Demjenigen, der die größte Zahl von Wörtern, gebildet aus den Buchstaben des Namens Schindler, einreichen würde, winkte ein Siegespreis in Gestalt einer Gratisreise nach Bayreuth. Natürlich würde man den Sieger nicht mit roher Gewalt zwingen, nach Bayreuth zu fahren; wenn er es vorzöge, könnte er auch zu Hause bleiben und sich auf seinen Vor- bezügen ausruhen. Aber in jedem Falle würde der Name des Siegers an allen Strahnenreden plakatiert werden als „Derjenige, der die meisten Wörter aus dem Namen Schindler herausgeholt hat.“

Es war eine Herausforderung. Meine Frau und ich machten uns sofort an die Arbeit und bemühten uns monatelang im Schweize unferes Ansehens. Toll zu jeder beliebigen Tages- und Nacht- stunde konnte man uns murmeln hören: „Schid — Rind — Hilde — Reich — Linde — Schrei — Reis ...“ Unsere Wohnung war mit Papierstücken mit geheimnisvollen Inschriften übersät. Noch vor fünfzehn Jahren wären wir als deutsche Espione verhaftet worden.

Um ein wenig Abwechslung in die Eintönigkeit unseres Daseins zu bringen, arbeitete meine Frau an einem Merkspruch für Bublo- Seifenfloden (mit nicht mehr als dreißig Buchstaben). Er inter- essierte mich nicht besonders, da der Preis bloß in einer elektrischen Waschmaschine bestand. „Ich weiß wirklich nicht, welcher Spruch



## Lügen gegen Wohlfahrtsämter.

Motto: Alles wird heruntergerissen. — Helze um jeden Preis.

Schon wiederholt hat der „Vorwärts“ auf die schwere Arbeit hingewiesen, die in dieser Zeit des Elends und der Not unter räumlicher und materielle Beengung von den Wohlfahrtsämtern geleistet werden muß. Die kommunistische Presse nimmt fast täglich Gelegenheit, durch Schilderung von Einzelfällen die Wohlfahrtsempfänger gegen die „herzlose“ Bürokratie aufzuheizen, Agitationsstoffe für die Warteräume zu liefern und unbeherrschten Menschen für Ausfälle und Täuschungen das Stichwort zu liefern. Sehr man den „Fällen“ auf den Grund, so zeigt sich sehr oft, daß die kommunistischen Redaktionen, gelinde gesagt, falschen Informationen zum Opfer gefallen sind.

So berichtete ein kommunistisches Abendblatt kürzlich über „Das Martyrium einer alten Frau“. Eine 81jährige Greisin, fast gelähmt und auf einem Auge erblindet, kann das Bett nicht mehr verlassen. Zu ihrer Beaufsichtigung sei eine Pflegerin bestellt, die aber nur eine Stunde am Tage nach dem Rechten leben kann. Der Mann der Greisin habe vor wenigen Wochen einen Lohndruckanfall erlitten und befinde sich jetzt in Herzberge. An Unterstützung zahle das Wohlfahrtsamt der Frau nur 12,50 M. im Monat, und einen Liter Mittagessen erhalte sie täglich aus der Stadtküche. Wie sieht nun dieser „skandalöse Fall sogenannter sozialer Wohlfahrts-Armenpflege“ wirklich aus? Vor der Unterbringung des Mannes in der Irrenanstalt haben die beiden alten Leute 70 M. laufende Unterstützung erhalten. Der Mann war Trinker und hat seine Frau von der Außenwelt abgeschlossen. Immer wiederkehrende Lohndruckanfälle zwangen, den Mann in eine Irrenanstalt zu bringen. Die den Haushalt verunreinigenden acht Katzen wurden der Frau genommen. Die Wohnung war vollständig verdrückt. Ein Verwalter besorgte den neuen Anstrich der Wohnung, und das Wohlfahrtsamt lieferte der Frau neue Bettwäsche und sonstige notwendige Bekleidungsgegenstände. Eine Pflegerin, die täglich zwei Stunden ihren Dienst verlor, wurde für die alte Frau bestellt. Der Vorsteher der Wohlfahrtskommission, der sich ganz besonders um diesen Fall bekümmerte, besucht die alte Frau häufig und unterstützt sie ihrem Bedarf entsprechend. Da die Frau infolge ihres Zustandes wirtschaftsunfähig ist, erhält sie nur Teilbeträge. Außerdem wird die Miete von der Wohlfahrtskommission gezahlt. Da die Pflegerin das Mittagessen besorgt und das Geld für den täglichen Bedarf durch den Wohlfahrtskommissionsvorsteher in ausreichendem Maße gezahlt wird, ist die Behauptung, daß die Frau mit 12,50 M. ihren Lebensunterhalt bestreiten muß, unwahr. Die Unterbringung in ein städtisches Heim, in dem sie infolge ihres krankhaften Körperzustandes und auch ihres Alters am besten aufgehoben wäre, lehnt die Frau ab.

Die gleiche Zeitung brachte die Schilderung eines Unterstützungsfalles, wonach durch das Bezirksamt Friedrichshain einem Wohlfahrtsempfänger so bitteres Unrecht zugefügt worden sein soll, „daß man wohl bald über kurz oder lang wahrscheinlich lesen kann, daß

sich dank der liebevollen Behandlung die Familie, Vater, Mutter und drei kleine Kinder, das Leben genommen haben“. Das Blatt behauptet, daß der schwerranke arbeitslose Georg Krüger, der während einer kommunistischen Demonstration von Schuppolizisten niedergeschlagen und mißhandelt worden sei, mit Erfolg eine Schadenersatzklage gegen die Polizei angestrengt habe, aus der vorerst an K. 1000 M. zu zahlen seien. Das Bezirksamt Friedrichshain sei nicht müßig gewesen und habe nun dem Arbeitslosen die 1000 M., „die ihm nach vielen Leiden, Krankheit und Mißhandlung, Hunger und Elend der Familie zugesprochen sind“, beschlagnahmt lassen. Das Bezirksamt hätte außerdem dem K. die Unterstützung gesperrt, ein Hausverbot gegen ihn erlassen und sogar veranlaßt, daß die Kinder aus der Spielschule in der Friedenstraße ausgeschlossen worden seien.

### Die Wahrheit sieht auch hier anders aus!

Es wurde festgestellt, daß K. seit Jahren das Wohlfahrtsamt in Anspruch nimmt. So hat er bis zur Herabsetzung der Unterstützungssätze 150 M., im Oktober und November noch 136 M. laufende Unterstützung erhalten. Außerdem hat das Wohlfahrtsamt für K. die volle Wohnungsmiete im Betrage von rund 60 M. pro Monat gezahlt. Daneben hat K. Sonderzuweisungen an Lebensmittel, Bekleidung, Reparaturen und dergleichen mehr in sehr reichem Maße erhalten. Selbst das Hörtgeld für seine Kinder hat das Wohlfahrtsamt getragen. Nun hat K. Anfang Dezember vom Polizeipräsidenten 1000 M. ausgezahlt erhalten. Mit dieser Summe ist K. also durchaus in der Lage, sich über Wasser zu halten und für einige Zeit die Wohlfahrt nicht in Anspruch zu nehmen. Eine Beschlagnahme des Geldes ist nicht erfolgt. K. glaubt aber wohl, auf die bisher bezogenen Unterstützungen mittlerweile einen wohl erworbenen Anspruch zu haben und fordert vergnügt weiter. Das Wohlfahrtsamt hat, was wohl jeder einsichtige Arbeiter verstehen wird, Herrn K. die Unterstützung bis auf weiteres gesperrt. Es mußte auch gegen K. das Hausverbot aussprechen, da er die Abfertigung der stundenlang wartenden Unterstützungsempfänger durch krankhafte Anfälle stört. Seiner Frau war es durchaus gestattet, Unterstützungen abzuheben und auch Anträge zu

### Sozialistische Studentenschaft Berlin

Am Freitag, dem 29. Januar, 20 Uhr, im Plenarsaal des Staatsrates (ehemaliges Herrenhaus), Leipziger Straße

### Oeffentliche Studenten-Kundgebung Kampf um den Staat

Redner: Peter Grabmann, Berlin — Wilhelm Sollmann, Köln  
Eintritt 20 Pfennig Saalöffnung 19½ Uhr

stellen. Nicht minder mußte die Weiterzahlung der Hörtgelder eingestellt werden. Es war ihm unbenommen, von den vereinnahmten 1000 M. die Kosten für den Aufenthalt seiner Kinder im Hort der Auferstehungsgemeinde weiter zu zahlen.

Die Hege gegen die Wohlfahrtsarbeit, die Verbreitung von Lügen und Verleumdungen erfolgt einzig zu dem Zweck, die Stempelstellen und die Warteräume der Wohlfahrtsämter zu dauernden Unruheherden zu machen. Irgendwelche Mißstände zu beheben, die sich in einer so aufgeregten Zeit und bei der Fülle der Arbeit überall einmal einstellen können, daran liegt gar nichts. Verzweifelte Menschen zur Wahnsinnstat treiben, ist das Ziel!

## Bänsch will geflüstert haben.

Koffet trotzdem 50 Mark Strafe.

Zu einem gerichtlichen Nachspiel vor dem Amtsgericht in Alt-Neubau führte das Verhalten des kommunistischen Stadtverordneten Bänsch anlässlich einer Bezirksversammlung im Bezirk Friedrichshain.

Im September v. J. beschäftigte sich die Bezirksversammlung mit der Bedarfsübersicht für das Jahr 1932. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners, Stadtverordneten Klingler, gingen den Kommunisten so auf die Nerven, daß sich ihr Fraktionsvorsitzender, Stadtverordneter Bänsch, dazu hinreißen ließ, den Genossen Klingler „Betrüger“ zu schimpfen. Vom Vorsitzenden, Bürgermeister Genossen Riehl, wurde Bänsch mehrfach zur Ordnung gerufen und schließlich aus dem Saal gewiesen. Da Bänsch der Aufforderung nicht folgte, wurde die Sitzung geschlossen. Wegen dieses Hausfriedensbruches erhielt Bänsch ein Strafmandat in Höhe von 25 Mark, das rechtskräftig geworden ist. Um den fortwährenden gemeinen Beschimpfungen der sozialdemokratischen Bezirksversammlungsmitglieder durch die Kommunisten endlich einmal Einhalt zu gebieten, stellte auch der Genosse Klingler Strafantrag. Bänsch erhielt einen Strafbefehl, gegen den er Berufung einlegte. In der Gerichtsverhandlung suchte sich Bänsch jetzt damit herauszureden, daß Stadtverordneter Klingler die kommunistischen Anträge als Volksbetrug gekennzeichnet habe und daß er in Erwiderung darauf nur „so vor sich hin“ gelogt habe: „Sie sind ein Volksbetrüger.“ Da er das sehr leise gelogt habe, so hätte es der Vorsitzende gar nicht hören können. Die Genossen Riehl und Klingler bestätigten aber, daß die Beleidigung viel präzisere gefallen sei, was wiederum die kommunistischen Zeugen bestritten. Das Gericht nahm zugunsten Bänsch zwar an, daß er Klingler als Volksbetrüger bezeichnet habe. Aber auch das sei eine Beschimpfung. Strafmildernd sei nur anzusehen, daß die Bezirksversammlung nicht öffentlich tagte. Aus diesem Grunde wurde eine Strafe von 50 Mark als angemessen angesehen. Dieser Vorfall dürfte für die kommunistische Fraktion insoweit eine ernste Lehre sein, als sie in Zukunft nicht mehr ungestrraft jeden Sozialdemokraten mit den gemeinsten ehrenrührigen Vorwürfen bedecken dürfen.

Sprechstunde für proletarische Feiertunden: Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, im Gefängnis der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16/17; Übungsstunde.

# Die Zeit stellt Fragen Die Zeit gibt Antwort

SIND 5 M für eine Zigarette noch heute jedem Raucher erschwinglich?

Die qualitätvolle 5 M Zigarette erster Marken-fabrikation befriedigt selbst den verwöhntesten Raucher, aber 5 M für eine Zigarette kann heute nicht jeder ausgeben.

SCHMECKT Ihnen die 3 1/2 M Zigarette?

3 1/2 M sind nicht viel, aber eine 3 1/2 M Zigarette kann nicht alle Qualitätsansprüche erfüllen.

HIER ist ein Problem zu lösen, das ALLE angeht, Dich und Mich.

SEIT Monaten bemühen sich unsere Fachleute, auf wissenschaftlich exakter Grundlage diese Frage zu klären. Schon heute können wir Ihnen mitteilen, dass wir bereits eine Lösung gefunden haben, die ALLE RAUCHERKREISE befriedigen wird.



Haus Bergmann  
Zigarettenfabrik A.G. Dresden

Lesen Sie demnächst an dieser Stelle aufmerksam Ihre Zeitung



